

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 107 — 1. Jahrgang Saarbrücken, Dienstag, den 24. Oktober 1933 Chefredakteur: M. Braun

Daladier vor dem Sturz?

Seite 2

Sachverständige
im Reichstagsprozeß

Seite 2

Von Göing
bis „Schwindelhintze“

Seite 3

Vor der deutschen
Währungsreise

Seite 4

Litwinow bei Roosevelt

Seite 5

Parole zum 12. November

Dennoch ein erster deutscher Massenprotest

Nein!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sty Prag) sendet uns folgende Erklärung:

Sie sehen in dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und dem Verlassen der Abrüstungskonferenz das offene Eingeständnis des völligen Bankrotts der hitlerischen Außenpolitik. Wenn Deutschland vollkommen isoliert ist, so ist das nicht die Schuld seiner Emigranten, sondern die Folge seiner Gewaltpolitik und seiner geistigen und materiellen Aufrüstung, die die Erfolge der früheren Verständigungspolitik zerstört haben.

Die Neuwahl des Reichstags und die Volksbefragung entspringen nicht dem ehrlichen Willen, das deutsche Volk zur Mitbestimmung seines Schicksals heranzuziehen. Unter terroristischem Druck soll ihm die Zustimmung zur Aufrüstung abgeprecht werden. Im Hitler-Deutschland gibt es nur eine Partei, Meinungsfreiheit, Freiheit der Abstimmung, existieren nicht. Unter diesen Umständen wird die Abstimmung am 12. November niemals die wahre Stimmung des Volkes zum Ausdruck bringen.

Deshalb fordert der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf, am 12. November der nationalsozialistischen Partei und ihrem Führer die Geseligschaft zu versagen und mit „Nein“ zu stimmen.

D. F. Die deutschen Regierungsmänner und ihre Putschisten reden und schreiben von einem „Wahlkampf“. Wegen was im Lande? Alle Gegner der Regierung sind so gefesselt, daß von einer Wahlbewegung nur sehr einseitig gesprochen werden kann. Radio, Presse, Versammlungen, Flugblätter, alle Möglichkeiten eines Einwirkens auf Volksmassen sind allein in den Händen der Regierung. Nur in vertraulichen Gesprächen und in illegalen Zetteln, die unter Lebensgefahr hergestellt und verteilt werden, kann sich der antifaschistische Wille äußern.

Vom Standpunkte ihrer Machtbehauptung aus und in der Absicht, die ganze Welt über die wahre Volkstimmung in Deutschland irren zu führen, haben die in Deutschland autoritär Regierenden allen Grund, nicht einmal die Ansätze einer Wahlbewegung zuzulassen, denn von den 45 Millionen Deutschen, die am 12. November wahlberechtigt sind, stehen Millionen in entschlossener Opposition gegen das Regime. Bei den letzten Reichstagswahlen am 5. März gingen 40 Millionen Männer und Frauen zur Wahl. Davon stimmten 17 Millionen für die Nationalsozialisten, 23 Millionen aber dagegen. Von diesen 23 Millionen gaben 7 Millionen ihre Stimmen der Sozialdemokratie, 5 Millionen den Kommunisten und 5 Millionen dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei. Der Rest waren Deutschnationale und Splitterparteien. Niemand wird glauben, daß all diese Millionen einer oft in langen Jahren geleisteten Ueberzeugung rauen geworden sind und sich innerlich haben gleichschalten lassen. Dennoch hebt heute schon fest, daß sich am 12. November eine überwältigende Mehrheit für Hitler ergeben wird, denn sowohl die Wahlenthaltung wie die Neinstimme sind von den schwersten Gefahren für den Abstimmenden bedroht.

Es läge nahe, daß die Opposition die Lösung ausgab, sich an der Wahl, die keine ist, nicht zu beteiligen. Ja doch nicht einmal die Aufstellung von Gegenkandidaten möglich. Nur die NSDAP ist erlaubt. Nur sie kann Kandidatenlisten einreichen. Wahlenthaltung aber wäre das sicherste Mittel, den gewalttätigen Elementen der Regierung genaue Lizenzen ihrer Gegner in die Hand zu liefern. Was den Deutschen, die eine Beteiligung an der verlogenen Komödie ablehnen, blühen würde, hat der preussische Staatsrat und Gauleiter Grobe laut im Bericht der „Kölnischen Zeitung“ am 10. Oktober in Köln ausgesprochen:

Wer am 12. November zu Hause bleibt, wo es heißt, zu einer freien Stellung zu nehmen, die nicht die Partei, sondern die Ehre des ganzen Volkes betrifft, der ist ein notorischer Landesverräter. (Stürmischer Beifall.)



Der deutsche Michel „geht“ zur Reichstagswahl

Auf Landesverrat stehen aber die härtesten Strafen, lebenslanger Kerker oder Schafott. Auch wenn man diese Gewaltmittel gegen Millionen Nichtwähler nicht anwenden kann, gibt es andere Terrorakte, sie würde zu machen. Schon jetzt wird uns brieflich und mündlich aus dem Reich berichtet, daß gedroht wird, man werde den „Landesverrättern“, die am 12. November zu Hause bleiben, die Unterhörungen entziehen, werde sie aus ihren Arbeitsstellen werfen, werde sie aus ihren Wohnungen setzen, werde sie und ihre „Brut“ ächten und quälen nach allen Regeln der Rohheit, die der letzte Reichstagskanzler in zehn Jahren Agitation zur Parteiregel gemacht hat. Nebenbei sei hier eingeschaltet, was bei einem solchen System in Deutschland von einer „freien“ Abstimmung an der Saar zu halten sein wird. Jede Gegnerschaft gegen die sogenannte „Deutsche Front“ bedeutet Aufnahme in eine Proskriptionsliste, die an dem Tage wirksam werden würde, der die Saarbevölkerung schußlos unter das undeutsche braune Terrorregiment bröhte.

Auch die Abstimmung mit „Nein“ am 12. November ist nicht ungefährlich, weil die Wahllokale nun nicht mehr unter Kontrolle verschiedener Parteien stehen, sondern ganz von den Nationalsozialisten beherrscht werden. Es sind also rangankei Mandatyer möglich, um den geheimen Charakter der Abstimmung abzuschwächen oder ganz zu beseitigen. Dies gilt insbesondere für kleine Orte, wo man bekannte Sozialdemokraten und Kommunisten ohne weiteres für etwaige Nein-Stimmen verantwortlich machen wird. Mit nennenswerten Nein-Stimmen ist überhaupt nur in größeren Orten zu rechnen, aber werden sie auch gezählt werden? Schon am 5. März wurden berechnete Zweifel in die richtige Zählung gelegt. Diesmal wird die Zählung unter dem Druck der SA erfolgen: sie wird bestimmen, ob und wieviele Nein-Stimmen in das Protokoll aufgenommen werden.

Dennoch muß der Versuch gemacht werden, der Proteststimmung, die seit Monaten wächst, Ausdruck zu geben. Die Sozialdemokraten und die Kommunisten haben Recht daran getan, ihre Anhänger zu Nein-Stimmen aufzufordern. Da öffentliche Betätigung so gut wie unmöglich ist, wird aus den Betrieben und von den Stempelstellen die „Wahlbewegung“ still und zähe organisiert werden müssen. Der Stimmgettel, der die Zustimmung stellt, Kandidaten der NSDAP, als einzigen erlaubten Partei die Stimme zu geben, muß von jedem anständigen Deutschen ungültig gemacht werden. Die Frage, ob der deutsche Mann und die deutsche Frau eine Regierungspolitik billigen, die unter verlogenen Friedensreden zum Kriege rüstet und zum Kriege treibt, muß durch ein kräftiges Kreuz im Nein-Kreis beantwortet werden.

Die Antifaschisten in Deutschland haben die gemeinsame und sie hoffentlich einende Aufgabe, einen ersten Massenprotest gegen die sie beherrschenden Banden zu wagen. Ehre den Tapferen, die in dieser leben! fährlichen Wahlagitatorien stehen. Glanzfall allen die am 12. November durch ihr Nein gegen Hitler den unerschütterlichen und nicht ausrottenenden Willen für ein freies sozialistisches Deutschland kund tun.

Erwerbslosigkeit nimmt zu

Trotz

aller Fälschungen nicht mehr zu verheimlichen

Am 15. Oktober wurden bei den Arbeitsämtern rund 3 851 000 Arbeitslose gezählt. Damit ist der Stand von Ende des Vormonats im wesentlichen gehalten. Während im Vorjahr in der entsprechenden Zeitspanne rund 48 000 Arbeitslose in Zugang gekommen sind, ist es in diesem Jahr gelungen, die saisonmäßigen Zugänge bis auf einen geringen Rest von 1700 auszugleichen.

Der Vergleich mit dem Vorjahre geht daneben, weil es damals keine Arbeitslager, keine Konzentrationslager, keine Schubhäftlinge in den Gefängnissen, keine Emigration, kein Sinauswerfen aus den Fürsorgeeinrichtungen aus politischen Gründen und auch noch nicht eine amtliche Fälschung der Statistik gab. Troh Herrn von Papen.

Wenn nun alle Bemühungen zusammen genommen nicht mehr verhindern können, daß das neue Anwachsen der Erwerbslosigkeit öffentlich in Erscheinung tritt, mag man daraus erkennen, wie elend im Reiche die Wirtschaftslage ist.

Seine Beweggründe

Von Dr. R. Thorwesten

Wieder hat Hitler eine Friedensrede gehalten. Diesmal am Sonntag in der Befreiungshalle bei Kelheim an seine SA. Wieder einmal kopierte er Wilhelm II. Der Imperator Rex proklamierte einst im Rathaus zu Vachen: „Ein Reich, ein Volk, ein Gott“. Der Casar Diktator ließ diesmal den Herrgott, den er sonst täglich bemüht, aus dem Spiele und forderte: „Ein Volk, ein Reich, ein Wille“. Dieses Deutschland wolle nichts anders als Frieden und Gerechtigkeit.

Unfriedliche und den Frieden gefährdende Handlungen mit friedlichen Reden zu begleiten ist seit langem die Gewohnheit der Nachhaber des „dritten Reiches“. Man rüstet, man bildet die bewaffneten Sturmtruppen militärisch aus, man erzieht die Nation zum „Wehrwillen“ und bemüht sich gleichzeitig bei jeder Gelegenheit, die Welt von dem absoluten Friedenswillen und der durch nichts zu erschütternden Vertragstreue Deutschlands zu überzeugen. Allmählich übersteigert Hitler den Widerspruch ins Groteske. Er erklärt den Austritt aus der Abrüstungskonferenz und aus dem Völkerbund, was doch nichts anderes bedeuten kann, als daß er, aller Verpflichtungen ledig, freie Hand für die Aufrüstung erhalten will, und er bringt es fertig, sozusagen mit dem selben Atemzug seiner Friedensschalmei wieder die sanftesten Töne zu entlocken. Ja mehr als das, er streicht Frankreich, demselben Frankreich, das in der deutschen Presse die ganzen letzten Wochen hindurch als das eigentliche Hindernis einer den deutschen Ansprüchen gerecht werdenden Konvention hin-

gestellt worden ist, und das der Führer selbst jahrelang beschimpft und verlästert hat, ostentativ die Hand der Verständigung entgegen.

Wie ist das alles zu erklären?

Ich glaube, daß wir zu einem Verständnis dieses seltsamen Widerspruchs nur gelangen können, wenn wir uns zweierlei vor Augen halten: einmal die Tatsache, daß der aufsehenerregende Schritt, den Deutschland unternimmt, zum guten Teil auf innerpolitische Erwägungen zurückzuführen ist, und zum andern die Unsicherheiten, die im Regierungslager selber in der Frage der Außenpolitik vorhanden sind.

Hitler und seine Anhänger waren sich klar darüber, daß die Konferenz sie in eine sehr schwierige Lage bringen würde. So weit auch die Siegerstaaten noch von einer völligen Einigung über die Einzelheiten des Abrüstungsproblems entfernt sein mochten, so gab es doch über eine Reihe von Dingen ein Einverständnis. Vor allem darüber, daß Deutschland sich in der sogenannten Probezeit keine schweren Waffen beschaffen dürfe, daß eine wirksame Kontrolle Platz greifen werde, und daß die halb-militärischen Formationen wie SA. und SS. aufgelöst werden müßten. Diese Bedingungen waren für den Nationalsozialismus schlechterdings nicht zu ertragen und am wenigsten die der Auflösung der braunen Formationen. Mit Spielen und Festen allein hätte man die proletarischen Elemente, die in den Sturmtruppen eine Zuflucht gefunden haben, nicht zu friedenstellen können. Man hätte sie aus der Hand verloren, und der Unmut dieser der Disziplin entzogenen Massen wäre dem Bestand der Herrschaft des Hakenkreuzes gefährlich geworden.

Dazu aber kam die Notwendigkeit irgend etwas zu unternehmen, um dem ständig wachsenden Mißvergnügen der gesamten Bevölkerung zu begegnen. Die fortgesetzten Versicherungen, daß das ganze deutsche Volk einmütig hinter seinem großen Kanzler stehe, können nicht über die tiefe Unlust hinwegtäuschen, die sich nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch weiter Kreise des Mittelstandes bemächtigt hat. Der hundertmal totgesagte Marxismus erhebt immer wieder sein Haupt. Das Bürgertum grollt, die Bauern sind im höchsten Maße mißvergnügt. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage ist so schlecht, daß es selbst den gleichgeschalteten Zeitungen unmöglich ist, ihre Leser irre zu führen. Ein unglücklich harter Winter steht vor der Tür. Der Versuch, der steigenden Not mit angeblich freiwilligen Spenden, mit dem Zwang zu Eintopfgerichten und ähnlichen Maßnahmen zu begegnen, ist aussichtslos. Kurzum, das Regime muß ernste Erschütterungen befürchten.

Weiter bedeutet der Leipziger Prozeß, wie immer er ausgehen mag, eine schwere moralische Niederlage für die Regierung. Werden die angeklagten Kommunisten freigesprochen, so sind die Führer der Nationalsozialismus als verbrecherische Lügner gebrandmarkt. Werden sie, was wahrscheinlicher ist, mit sadenscheinigen Begründungen verurteilt, so wird es in der Welt einen Skandal geben, der seine Rückwirkungen auch auf Deutschland ausüben muß.

Alles das zwingt zu einer Ablenkung, und wie jede Despotie, sucht auch die Hitlersche diese Ablenkung auf außenpolitischem Gebiet. Dem deutschen Volk geschieht Unrecht. Es ist ringsum von Feinden umgeben. Die Möglichkeit soll ihm genommen werden, sich gegen die drohenden Angriffe zur Wehr zu setzen. Die Welt ist durch die Emigranten ausgeheult. Sie ist darauf aus, die edelste Rasse zu vernichten. Muß sich da nicht die ganze Nation um ihren Führer scharen? Müßten nicht alle anderen Sorgen hinter dem um den Bestand und das Lebensrecht des Reiches zurückstehen?

Und das Volk wird dem Ausland beweisen, daß es seine Pflicht erkennt. Eine Abstimmung und eine Wahl werden veranstaltet, und man wird sehen wie die überwältigende Majorität sich für Hitler aussprechen wird. Daß draußen Wahl und Abstimmung für eine Farce erklärt werden — was verklärt? Das ist eben die Niedertracht derer, die die veredelte Demokratie des Nationalsozialismus nicht begreifen und nicht begreifen wollen. Das wesentliche ist, daß man sich in Deutschland selbst ernst nimmt, oder so tut, als nähme man sich ernst.

Dabei hat die Auflösung des Reichstags und der Landtage auch noch ihre anderen Vorteile. Es gibt da immer noch außerhalb der allein berechtigten Partei so einige Parteispalter. Sie sind nicht gefährlich, aber sie sind ein wenig lästig. Mit Hilfe der nationalen Parole wird man sie beseitigen. Gleichzeitig wird das Reich endlich vereinheitlicht, und Hitler kann sich einiger unbequemer Statthalter entledigen und am Ende sogar Herrn Göring kaltstellen.

Und nun das merkwürdige Liebeswerben um Frankreich.

Es entstammt nicht etwa nur, wie dieser oder jener annehmen könnte, der Enttäuschung über die britische Politik und dem Wunsch, die Londoner Regierung zu ärgern. Sondern dahinter stehen die keineswegs von allen geteilten Papenschen und Rosenbergschen Ideen von einem Feldzug gegen die Sowjetunion. Hitler hält es im Augenblick für richtig sie zu adoptieren und er gibt sich der naiven Hoffnung hin, Frankreich — und auch Polen — für einen solchen abenteuerlichen Plan zu gewinnen und auf diese Weise auch den Widerstand der Franzosen gegen die deutsche Aufrüstung zu überwinden. Dann wären zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen, Deutschland wäre als der Vorkämpfer gegen den Bolschewismus anerkannt, und die militärischen Vorbereitungen, die gegen den Widerspruch der ganzen Welt zu treiben, immerhin seine Bedenken hat, könnten offen und mit Zustimmung wenigstens eines Teils von Europa getroffen werden.

So mischen sich seltsam innerpolitische Berechnungen mit abenteuerlichen imperialistischen Tendenzen. Bis zu einem gewissen Grade können wir Hitler glauben, wenn er schwört, daß er den Krieg nicht will. Er will ihn sicher nicht in der nächsten Zeit. Was er zunächst will, ist die Rüstungsfreiheit, weil das eine Parole ist, mit deren Hilfe er das Volk von dem Nachdenken über sein Elend abzubringen hofft, und weil sie außerdem, was nicht vergessen werden darf, Möglichkeiten für die Beschäftigung der schweren Industrie, das heißt seiner eigentlichen Auftraggeberin bietet. Aber die Dinge haben ihre eigene Logik. Ein Staat kann sich nicht in einen Gegensatz zur ganzen Welt bringen, ohne den Frieden dieser Welt aufs ernsthafteste zu bedrohen. Ein Staat kann nicht das Signal

Daladier vor dem Sturz?

Die Finanzfragen im Vordergrund

Paris, 23. Oktober.

Am Dienstag steht das Schicksal Daladiers ernsthaft zur Debatte. Er hat das Vertrauen der Kammer in der auswärtigen Politik, vor allem in seiner Haltung Deutschland gegenüber, aber diese Mehrheit ist bedroht auf Grund der von Daladier eingebrachten Finanzgesetze. Dabei spielt auch das Währungsproblem eine große Rolle. Daladiers weitgehender Sanierungsplan zugunsten des Etats, der sich zu einem Teil auf Herabsetzung der Beamtenegehälter stützt, findet Widerstand bei den Sozialisten, die der wichtigste Bestandteil der Mehrheit Daladiers sind. Die Rechte will aus dieser Sachlage politisches Kapital schlagen und rüht sich zu einem entscheidenden Schlage gegen Daladier, um so mehr, als dieser erklärt hat, daß er mit dem Finanzgesetz stehe oder falle. Kommt es zu seinem Sturz, so ist mit einer Umbildung des Kabinetts zu rechnen, wobei der Außenminister Paul-Boncour stark gefährdet wäre. Er wird von den rechtsgerichteten Kreisen, vor allem aber von den leitenden Persönlichkeiten des Generalkab. für zu schwach gehalten, um der durch das Verhalten Deutschlands so zugespitzten Lage voll gewachsen sein zu können.

Paris, 23. Okt. Man hatte für Sonntagabend die Entscheidung über das Schicksal des Kabinetts Daladier erwartet. Die Vertagung der Verhandlungen auf heute ist, wie man allgemein erklärt, darauf zurückzuführen, daß man in der Zwischenzeit noch einmal versuchen will, eine Einigung

zwischen den Radikalen und Sozialisten über den strittigen Artikel betreffend die Krisensteuer herbeizuführen. Die Aussichten werden allerdings nicht als besonders groß bezeichnet, und deshalb lagern verschiedene Blätter für heute abend den Sturz des Kabinetts voran. Alles kommt nach allgemeinem Urteil auf die Haltung der Sozialisten an. In ihren Händen liegt, so erklärt „La Victoire“, das Schicksal des Kabinetts. Innerhalb der sozialistischen Fraktion wird der eigentliche Kampf geliefert und nicht etwa im Plenum der Kammer. „Le Quotidien“ schreibt: Die Krise wird eintreten, wenn die Sozialisten sich gegen einen Kompromißvorschlag wenden. Denn die Regierung wird sicher nicht in der Mitte die notwendige Unterstützung finden, um am Ruder bleiben zu können. Wenn die Sozialisten sich dagegen für ein Kompromiß vorschlagen, was recht unwahrscheinlich zu sein scheint, wird das Kabinett zwar den Sturz vermeiden, aber mit geschwächtem Prestige aus einer Debatte hervorgehen, die seit Dienstag ihren finanziellen Charakter verloren hat, um einen ausgeprägten politischen Charakter zu erhalten. „Le Nouveau“ wirft den Sozialisten vor, ihre marxistische Doktrin um jeden Preis durchsetzen zu wollen. Jetzt trete eindeutig zutage, daß die Sozialisten nur eines im Auge hätten: Den Fortschritt des Marxismus zu sichern. Aber die Radikalen würden nur Taten unterstützen und Maßnahmen vorschlagen, die dem allgemeinen Interesse, den republikanischen Idealen und dem finanziellen Wohl dienen. „Le Jour“ erklärt, Daladier, der sich nach dem Angriff des Abgeordneten Renaud geäußert sehr schwach verhalten habe, habe anscheinend keine Lust, sich auf eine bereits verlorene Sache festzuhalten. Er suche nur den geeigneten Platz, wo er ohne allzu großen Schaden stürzen könne.

Sachverständige sagen aus

22. Verhandlungstag

weh. Berlin, 23. Okt. Für die heutige Verhandlung sind feinerlei Zeugen geladen, denn heute haben die Sachverständigen das Wort, die die Brandstiftung beurteilen sollen, namentlich ob sie von der Lubbe allein durchgeführt sein kann oder ob er Mittäter gehabt haben muß.

Als erster Sachverständiger erklärt Geheimrat Regierungsrat Professor Joffe (Berlin), daß die rapide Brandentwicklung im Plenarsaal die Vermutung habe ankommen lassen, daß die Lüftungseinrichtungen des Plenarsaales daran beteiligt sind. Da aber die Lüftungsanlagen, wie festgestellt worden ist, am Brandabend nicht in Betrieb waren, bleibt somit als die wahrscheinlichste Ursache für die rasche Entwicklung des Brandes nur übrig, daß im Plenarsaal

andere Säure- und Brennstoffe, und zwar bestimmt auch andere als Kohlenanzünder, in größeren Mengen verwendet worden sind. Da keine Luftzirkulation vorhanden war, verbrannten diese Brennstoffe mit Luftmangel. Die tatsächlich entstandenen Gase können nicht von dem verbrannten Geßel stammen.

Zusammenfassend hob Professor Joffe hervor, daß die zur Verpuffung und Auffammung des Gasinhaltes des Plenarsaales erforderlich gewesene verhältnismäßig große Menge von brennbaren Gasen nur aus unvollständig verbrannten flüssigen Brennstoffen stammen konnte, die in den Plenarsaal gebracht worden sind und die in sehr kurzer Zeit diese Gas Mengen liefern konnten. Die Verhandlung dauert fort.

Vertagung

der Abrüstungskonferenzen?

London, 23. Okt. Die für heute in Aussicht genommene Sitzung des britischen Kabinetts wird den Blättern zufolge die Aufgabe haben, die Berichte Sir John Simons über seine Verhandlungen mit den Vertretern der anderen Mächte über die Abrüstungsfrage entgegenzunehmen und sich über die Zukunft der Abrüstungskonferenz schlüssig zu werden. Die diplomatischen Korrespondenten der Blätter sind übereinstimmend der Auffassung, daß das Kabinett sich für eine Vertagung der Abrüstungsverhandlungen aussprechen werde, da in Abwesenheit Deutschlands eine Abrüstungskonvention nicht zustandekommen könnte. Sollten die übrigen Mächte trotzdem anderer Meinung sein, so werde dem britischerseits nicht widersprochen werden.

Japans Parole

Nationale Verteidigung wird ausgebaut

Tokio, 21. Okt. Die Telegrafagentur Schimbun Nengo teilt mit, daß der Kaiser den Außenminister Shirōta und den Kriegsminister empfangen hat. In einer amtlichen Erklärung, die anschließend veröffentlicht wurde, heißt es, daß die japanische Außenpolitik von folgenden Grundgedanken geleitet wird:

1. Japan ist bestrebt, mit allen Nachbarländern freundschaftliche und normale Beziehungen zu unterhalten.
2. Der Staat Mandschukuo bleibt unverändert bestehen.
3. Die nationale Verteidigung Japans muß unbedingt ohne irgendwelche Beschränkungen ausgebaut werden, weil die gespannte politische Lage in Asien und im Stillen Ozean die Aufrechterhaltung einer starken Wehrmacht erfordert.

„Neue Zürcher Zeitung“ verboten

Zunächst für einen Monat

Die „Neue Zürcher Zeitung“, die dem Hitler-Regiment ohne grundsätzliche Unfreundlichkeit gegenübersteht, ist zunächst für die Dauer eines Monats in Deutschland verboten worden. Das Blatt bemerkt dazu: „Wir können es auch durchaus verstehen, daß dieses Regime während der nächsten Wochen, in denen Minister Dr. Göttsch auf den 12. November hin die brausenden Harmonien des Konzerts der gleichgeschalteten Presse dirigieren wird, ein auch in deutscher Sprache geschriebenes aber nicht gleichgeschaltetes Blatt nicht gerne innerhalb der Reichsgrenzen sieht, wobei die selbst an amtlicher Stelle anzutreffende Ueberhöhung der Verbreitung der „N.Z.“ in Deutschland und damit die Ueberhöhung des Einflusses ihrer neutralen Berichterstattung auf das deutsche Publikum noch besonders für die Verbotsmaßnahme ins Gewicht gefallen sein mag.“

Wir behalten uns vor, die prinzipielle Seite solcher Zeitungsverbote vom Standpunkte der schweizerischen Interessen aus später zu erörtern und bei dieser Gelegenheit auch einmal zu untersuchen, welches die freundschaftlichen

zum Betrüsten geben, ohne daß dadurch der Krieg in greifbare Nähe gerückt würde. Welches immer die letzten Gründe für das Vorgehen des „dritten Reiches“ sein mögen: die Hitlersche Politik ist eine ungeheure Gefahr für die Welt. Sie ist mehr als ein verwegenes Abenteuer. Sie ist ein Verbrechen an der Menschheit. Sie bleibt es, auch wenn wir mit vollem Recht darauf hinweisen können, daß das Verhalten, das die Siegermächte in der Abrüstungsfrage jahrelang befolgt haben, an der verhängnisvollen Entwicklung nicht ohne Schuld ist.

fische Haltung der deutschen Presse gegenüber der Schweiz ist. Wir sind überzeugt, daß dieses von uns bisher mit bewusster Zurückhaltung behandelte Thema für die schweizerische Öffentlichkeit in dem Moment, da die Frage einer schweizerischen Abwehr gegenüber ausländischen Maßnahmen wirklich akut geworden ist, nicht ohne Interesse sein wird.“

Immer noch Marxisten

Die Helden des deutschen Alltags

Berlin, 23. Okt. (Ansa.) Die Reichsleitung der Nationalsozialistischen Betriebsorganisationen hat kürzlich den Spitzenfunktionären der NSBO, den Kreisleitern der NSBAP, den Bezirksleitern der Deutschen Arbeitsfront und den Leitern der Geheimen Staatspolizei eine Denkschrift zugesandt über den Umfang und den Wirkungsbereich „der immer noch fühlbaren Agitations- und Gewerkschaft der Marxisten“. Wir lesen da unter anderem:

„Daß es den Marxisten immer wieder gelingt, neue ehrliche und anständige Arbeiter in ihren Bann zu ziehen, beweisen die Vorgänge der letzten Wochen und Tage, in denen immer wieder Druckerzeilen, Schriftenmaterial, Waffen und Munition beschlagnahmt und einer erheblichen Anzahl von Arbeitern, denen wir es gar nicht zugehört hätten, die sich zur Verteilung und Aufbewahrung verleiten ließen, verhaftet werden mußten.“

Ueber die Wirkung dieser Verhaftungen heißt es:

„Die Selbstverhöhnlichkeit, mit der sich alle Familienväter und Arbeitskollegen, die bis weit nach rechts persönliches Aussehen genießen, in die Schuchhaft abführen ließen, spielt auf die Dauer mehr eine beispielgebende als eine abschreckende Rolle.“

Die Denkschrift gelangt zu dem Ergebnis, daß gegenüber der Methode der marxistischen Agitation die eigenen Leute bisher „nicht immer genügend Wachsamkeit und Scharfsinn“ entwickelt hätten und es nur selten gelungen sei, den ehrlich Fragenden von dem zu unterscheiden, der eine Ausdrucksweise nur beginne, um in den Herzen der überzeugten Nationalsozialisten Zweifel und Unsicherheit zu säen.

Das Neueste

Der König von Schweden hat den finnischen Ministerpräsidenten Göring in Audienz empfangen.

Bei einer Razzia gegen die noch bestehenden „Nests“ der kommunistischen Organisation in Waltershausen wurden über 80 Personen festgenommen.

In Dahlen fuhr ein Privatauto in eine Marschkolonie der Hitlerjugend. Ein Hitlerjunge wurde dabei so schwer verletzt, daß er später starb. Der Privatkraftwagen flüchtete mit abgeblendetem Licht.

Im Volksdorf bei Hamburg fuhr gestern abend ein Motorradfahrer von hinten in eine marschierende Kolonne von 15 Hitlerjungen hinein. Vier Hitlerjungen wurden verletzt. Auf einer italienischen Insel vor Dalmatien wurden drei jugoslawische Fischer durch eine aufgefundene Granate, die noch aus dem Kriege stammte und plötzlich explodierte, getötet.

Bei dem Zusammenstoß eines Petroleumzuges mit zwei allsehbahrenden Lokomotiven in Rumänien geriet der ganze Zug in Brand. Fünf Personen wurden getötet, ach schwer verletzt.

Infolge des an der portugiesischen Küste herrschenden Unwetters sind mehrere Fischerboote gesunken. Acht Fischer kamen ums Leben.

Zwischen Chemnitz und Niederwiesa raste ein mit zwei Personen besetztes Motorrad gegen einen Baum. Beide Fahrer, ein Schloffer und ein Metzger, kamen dabei ums Leben.

Von Göring bis „Schwindelhintze“

Nach 21 Verhandlungstagen

Brandstifter!

D. F. So wurde aus Morgen und Abend der 21. Verhandlungstag. Drei volle Wochen Reichstagsprozess, mit Sonntagen und sühnereifreien Tagen einen vollen Monat füllend! Und das Ergebnis? Für das politische Beweis-thema dieses großen politischen Prozesses ein großes Nichts, soweit man die Aussagen der Zeugen vom Tische des Vorsitzenden und von der Kulisse der Reichs- und Staatsführung her betrachtet.

Doch von der Lubbe im brennenden Reichstag ertrapt worden ist, braucht nicht bewiesen zu werden. Wie er aber in den Reichstag gelangte, und wie er und andere oder andere das Riesengebäude in Brand steckten, ist so dunkel wie am ersten Tage. Welches Brandmaterial benützt worden ist und in welchen Mengen, ist ebenfalls vollkommen ungeklärt. Alle bisher vernommenen Zeugen wissen zu diesen Fragen wenig oder nichts zu berichten. Niemand konnte sagen, ob es von der Lubbe war, der das Brauurstück der Fassadenkletterei mit Zentnern voll Brandmaterial in den Taschen vollführte. Es ist noch nicht einmal sicher, ob die Zeugen einen oder zwei Männer in den Reichstag einsteigen sahen. Was im Gebäude vorgegangen ist, bleibt unerklärlich. Reichstagsbeamte, Polizei und Feuerwehrleute widersprechen sich in ihren Aussagen. Insbesondere über die Zahl der Feuerstellen und den Brand im Plenarsaal liegen die tollsten Widersprüche vor. Der Hausinspektor beschwört, eine Fackel an einem Klubstisch gesehen und ausgetreten zu haben. Der Kriminalkommissar Heisig, dessen Zuverlässigkeit besonders in Holland, wo er eigenartige Methoden bei der Zeugenvernehmung angewendet haben will, bezweifelt dies, erläutert sachmännisch, daß es mit diesem Eid des Hausinspektors nichts ist. Es könne keine Fackel gewesen sein. Die einen haben große Spuren von brennbaren Flüssigkeiten gesehen, die anderen wissen nur von einem paar Kohlenanzündern. Der Hauptbeteiligte aber sieht da mit dem Kopf zwischen den Knien, und die Nase läuft ihm. Er hat nichts von dem Weltrekordbrennstifter an sich, der er geheimnisvoller Weise am 27. Februar gewesen sein soll.

Von der Anklagebank her gesehen, soweit die Kommunisten in Betracht kommen, sieht das bisherige Prozessergebnis freilich sehr positiv aus. In 21 Verhandlungstagen hat die Anklage nicht einen einzigen Zeugen vorführen können, der die nun seit sieben Monaten in Haft befindlichen Kommunisten irgendwie hätte belasten können. Wo es vereinzelte Zeugen versuchten, gab es wagenes Geschwätz, das selbst für die Parteilichkeit dieser Anklage nicht brauchbar zu sein scheint. Dabei scheut der Reichsanwalt auch vor anrüchlichen Zeugen nicht zurück. Am Samstag wurde ein übles Subjekt, ein notorischer Betrüger, der wieder einmal eine lange Gefängnisstrafe verbüßt, vorgeführt. Der höchste Gerichtshof des Deutschen Reiches erweist den Herren Göring, Heines, Graf Helldorf und Schulz die Auszeichnung, diesen Kriminellen mit auf die Liste zu setzen, auf der so erlauchte Namen glänzen: von Göring bis „Schwindelhintze“.

Auch dieser wahrhaft klassische Polizeizeuge weiß nichts. Er hat nur am Wohlfahrtsamt etwas reden und läuten hören. Auch der Name Torgler soll gefallen sein. Von der Lubbe als Wanderbursch mit dem Stab in der Hand ist nach den Gaunerfantasien des Herrn Schwindelhintze schlankweg von der „Roten Hilfe“ in den Olymp der kommunistischen Parteiführung entsandt worden, wo loben der Ausbruch der bolschewistischen Revolution besprochen wurde. Vertrauensselig, wie von der Lubbe nun einmal ist, hat er die Geheimbefehle Stalins vor den proletarischen Seelen des Wohlfahrtsamts in Neukölln ausgebreitet.

Selbst der Oberreichsanwalt scheint von diesem seinem Zeugen nicht eben entzückt zu sein. Wo aber sind und bleiben seine anderen Zeugen? Sollen sie Weihnachten kommen? Oder Ostern?

Wir stellen die Frage: Mit welchem Recht werden Torgler und Dimitroff und Taneff und Popoff noch in Haft gehalten? Doch nicht deswegen, weil angeblich einige Kapitel des Braunbuches nicht ganz stimmen. An deren Abfassung waren die Angeklagten, die in Fesseln lagen, nicht beteiligt. Weber in der Anklage noch in den Zeugenaussagen eines Monats ist auch nur der Schatten eines Beweises dafür enthalten, daß einer der angeklagten Kommunisten irgend etwas mit dem Reichstagsbrand zu tun hätte. Das ist die Meinung der gesamten Weltpresse ohne Unterschied des Landes und der politischen Richtung. Das ist die Ueberzeugung aller anständigen Menschen in der ganzen Welt. Wir nehmen davon die gleichgeschalteten Pressekollektive der deutschen Lügenregierung gern und nachdrücklich an.

Hat in Leipzig und in Berlin niemand ein Gefühl dafür, daß es in diesem Prozess auch um das längst schwer geschädigte moralische Ansehen Deutschlands geht? Weiß niemand, daß auch dieser Prozess und gerade er große außenpolitische Wirkungen hat? Leider nicht nur für das deutsche Rechtswesen, das in der ganzen Welt als politisch korrupt betrachtet wird, sondern auch für das deutsche Volk, das die allgemeine Achtung der Welt zu spüren bekommt.

Es steht fest, daß keiner der angeklagten Kommunisten schuldig ist. Sie gehören in Freiheit. Auf die Anklagebank und in Ketten gehören diejenigen, die amtlich das deutsche Volk angelogen haben, der Reichstagsbrand sei eine kommunistisch-sozialdemokratische Aktion.

Das sind die Verbrecher, die ganz Deutschland in Brand gesteckt haben und drauf und dran sind, die Brandstifter Europas zu werden.

21. Verhandlungstag

Fortsetzung aus Nr. 106

Kriminalkommissar Heisig führt

Das Gericht und die Prozessbeteiligten begeben sich nunmehr zum Lokaltermin, der der Besichtigung des Reichstages und des Brandweges dient.

Die Besichtigung des Tatortes nahm volle zwei Stunden in Anspruch, an die sich noch eine weitere Stunde Pressebesichtigung anschloß. Die Führung hatte Kriminalkommissar Heisig übernommen. Sie begann in den Restaurationsräumen an der Stelle, wo von der Lubbe durch das Fenster eingestiegen ist. Der ganze von Lubbe zurückgelegte Weg ist auf dem Fußboden jeweils mit Kreidepfeilen gezeichnet. Der Plenarsaal macht heute einen trostlosen Eindruck. Der Betonfußboden liegt frei. Die vier Wände sind stabiles Mauerwerk mit eisernen Trägern, und über all dem erhebt sich die gewaltige Kuppel, die inzwischen wieder instand gesetzt ist. Der Brandweg endet bei dem Klubstisch, an dem einige Zeugen eine Fackel gesehen haben wollen. Kommissar Heisig ist aber der Meinung, daß es keine Fackel gewesen ist, denn eine Fackel hätte man nicht einfach austreten können, und sie wäre dann auch nicht gleich zu Staub zerfallen. Es dürfte sich vielmehr um einen zusammengerollten Rest von Vorhängen oder anderem Brandmaterial handeln. Der Sessel ist auch nicht eingeschnitten worden, sondern das Loch, das man da heute sieht, ist ausgebrannt.

Ein Betrüger als Polizeizeuge

Nach Wiedereröffnung der Verhandlung wird u. a. der 22jährige Diener Willi Dünge als Zeuge vernommen. Der gegenwärtig eine Gefängnisstrafe wegen Diebstahls verbüßt, Dünge, der sich selbst als Zeuge gemeldet hat, gibt an, er sei der Schwager des Neuköllner Erwerbslosen, dessen Selbstmord von den Kommunisten zu einer Flugblattaktion gegen das Wohlfahrtsamt ausgenutzt wurde. Tatsächlich habe sich sein Schwager nicht wegen wirtschaftlicher Not, sondern aus anderen Gründen das Leben genommen. Er, der Zeuge, sei es auch gewesen.

Der den im Wohlfahrtsamt tätigen Stadtinspektor gewarnt und die Polizei davon unterrichtet habe, daß die Kommunisten einen Ueberfall auf das Wohlfahrtsamt vorbereitet hätten.

Einige Tage vor dem geplanten Ueberfall habe er gegen 10 Uhr vormittags im Lokal schlafend gesehen und beobachtet, wie dort von der Lubbe durch Pfeiffer und noch einen anderen Kommunisten eingeführt wurde. Im Hinterzimmer hätten die Kommunisten eine Besprechung gehabt. Von der Lubbe sei dort vorgelesen worden.

Er habe sehr aufgeregt und schnell gesprochen. Lubbe sagte etwa: Kameraden und Genossen! Es ist jetzt der letzte Tag, an dem wir vorgehen können. Nach den Vorfällen in Neukölln wollen wir noch einmal versuchen, durchzugreifen, um den Ausbruch der nationalen Bewegung zu hemmen. Man mühte Unruheherde schaffen, aber man sollte es zunächst vermeiden, Personen dabei zu gefährden. Personen dürften erst in letzter Linie gefährdet werden. Auf Vorhalte des Vorsitzenden erklärte der Zeuge, den genauen Tag könne er nicht angeben, es könne aber nur Mittwoch oder Donnerstag gewesen sein, später auf keinen Fall. Jahnecke sei auch dabei gewesen. Pfeiffer, der der Zeuge vor, stellte von der Lubbe vor und sagte, es sei ein holländischer Genosse, der uns zur aktiven Teilnahme zugeteilt worden sei. Er käme von der Roten Hilfe.

Dabei fiel auch der Name Torgler und Dorostheestraße. Von der Lubbe hat sich nach verschiedenen Seiten, die führende Stellen in der kommunistischen Partei bekleiden, erkundigt.

Er wußte über alle möglichen Leute gut Bescheid. Ich fragte ihn, wie lange er schon in Deutschland sei. Er sagte, er wäre erst eingetroffen und käme von der Wanderhelferei. Auf die Frage, wie es komme, daß er dann so gut orientiert sei, lachte er und gab keine Antwort.

Der Zeuge erklärt weiter, daß von der Lubbe sehr schnell sprach, und daß man nicht alles verstehen konnte. Als von der Lubbe davon sprach, daß man aktiv vorgehen müsse, habe Jahnecke widersprochen und gesagt, der Zeitpunkt wäre jetzt nicht.

Ein schwerer Junge

Auf die Frage des Reichsanwaltes Parrisius befragt er, daß von der Lubbe einen Ausweis von roter Farbe hatte.

R. A. Dr. Sack: Von welcher Seite fiel der Name Torgler?

Zeuge: Das weiß ich nicht. Lubbe sprach von einem Anzug und einem Mantel, und in diesem Zusammenhang wurde auch von der Roten Hilfe gesprochen und da fiel auch der Name Torgler.

R. A. Dr. Sack: Der Angeklagte von der Lubbe hat immer, auch bei der Verurteilung durch den Sachverständigen gesagt, daß er Torgler nicht einmal dem Namen nach kenne. Dr. Sack fragt den Zeugen dann: Sind Sie identisch mit dem Neuköllner, der den Spitznamen „Schwindelhintze“ führt?

Zeuge: Nein.

R. A. Dr. Sack: Die letzten Vorstrafen des Zeugen sind dem Gericht wohl bekannt?

Vorsitzende: Er verbüßt jetzt wegen Betrugs eine Strafe von acht Monaten Gefängnis. Die vorhergehende Strafe betrug 1½ Jahre Gefängnis gleichfalls wegen Betrugs. Das war im Jahre 1927.

Dr. Sack: Am 8. Verhandlungstag dieses Prozesses hat der Zeuge Jahnecke ausgesagt, er habe ganz nahe am Rande einer Verleumdung gestanden, weil der Arbeiter Dünge ihn und seinen Genossen angezettelt habe, wegen des Selbstmordes seines Schwagers eine Aktion gegen das Wohlfahrtsamt zu unternehmen. Gegen Dünge habe man Mißtrauen geübt, weil er Geld aus der Sammelbüchse unterschlagen hatte. Der Zeuge Dünge erklärt diese Angaben des Zeugen Jahnecke für unwahr.

Die bestrittenen Polizei-Protokolle

Es wird dann nochmals Kriminalkommissar Heisig vernommen, dem der Vorsitzende mitteilt, daß die Aussagen der holländischen Bekannten von der Lubbe, Vint und Alimada, von diesen zum Teil bestritten werden. Der Zeuge Heisig bleibt bei seinem Bericht und erklärt mit aller Entschiedenheit, daß ein Mißverständnis hier gar nicht in Frage komme.

Angeklagter Dimitroff: Wir haben jetzt genau einen Monat Hauptverhandlung. Wir haben von Lubbe kein flares Wort gehört. Ich frage den Zeugen, ob er Lubbe oft vernommen hat, ob wirklich Lubbe mit eigenem Mund und eigener Sprache diese Aussagen, die Unterlage für die Anklage sind, gemacht hat oder nicht?

Zeuge: Jawohl, es ist gar nichts anderes zu sagen. Die Weiterverhandlung wird dann auf Montag vertagt.

Gempp als Funkreporter

Ein gehemmter Wahrheitsforscher

Herr Oberbranddirektor Gempp hat vor dem Reichsgericht, wie nicht anders zu erwarten war, seine früheren Aussagen dementieren müssen. Er dementierte seine Erklärungen in der Versammlung der Branddirektoren, wonach er den Auftrag bekommen haben sollte, die Löschung des Brandes zu verhindern; er dementierte seine frühere Aussage, man habe von ihm verlangt, daß er die Brandprotokolle nachträglich ändere. Er kleidete allerdings seine Worte in die charakteristische Form: „Ich mußte sagen, daß dies alles Unsinn sei — das nennt man wohl ein Dementi...“

Heute erhielt der Untersuchungsausschuß das nachfolgend wiedergegebene Schreiben, das die Erklärungen des Herrn Gempp Lügen straft und das Herr Gempp so leicht nicht wird dementieren können, da es sich um Aussagen handelt, die von allen Rundfunkhören Deutschlands gehört wurden. Der Brief lautet wie folgt:

Konrad Huber
Bädenswil
Echelstr. 56
Schweiz
Bädenswil, den 15. Oktober 1933.
Charge!
An Herrn Rechtsanwalt Dr. Sack
zur Zeit Reichstags
Berlin.

Die Vernehmung des Herrn Oberbranddirektors Gempp am Samstag, dem 14. Oktober 1933, endete mit der Behauptung, daß die im Braunschweig festgelegten Fragen Unsinn seien. Von diesen Fragen sind einige, die Herr Gempp anläßlich der Reichstagsbrand-Rundfunkrede am Tage nach dem Reichstagsbrand, also am 26. Februar 1933, abends circa 21.30 Uhr, der Weltöffentlichkeit gegeben hatte, und dieselben auch bestätigte.

Ich möchte Sie als offiziellen Verteidiger bitten, Herrn Gempp noch folgende Fragen zur Beantwortung vorzulegen, die er am Rundfunk gegeben hat:

1. Als mein Völkzug ankam, lag das Reichstagsgebäude in völliger Dunkel und mußten wir zweimal in das Reichstagsgebäude herumfahren, denn ich konnte keinen Feuerschein entdecken und gingen so kostbare Minuten verloren.
2. Als ich in das Reichstagsgebäude selbst eindrang, war dasselbe schon voller Menschen und behinderte mich dieses sehr an der Arbeit.
3. An den Stuhlreihen entlang lagen 20—25 Brandherde und habe ich einige mit den Füßen ausgetreten.
4. Kostbare Gobelins wurden aus dem Saal in die Wandelgänge gebracht und das kostbare Reichstagsarchiv wurde ebenfalls nach dortin geschafft.

Weiter Herr Dr. Sack! Vorstehende Fragen ersuche ich Sie, dem Herrn Branddirektor Gempp noch vorzulegen, um ihm in seinen Erinnerungen nachzuhelfen. Ebenso hat Herr Halle an diesem Abend am Mikroskop von seinen Eindrücken des Brandes gesprochen. Doch für heute soll es damit vorläufig sein Bewenden haben.

Mit vorzüglicher Hochachtung!
gez. Konrad Huber.

R. B. Copie dieses Schreibens geht an den Untersuchungsausschuß in Paris.

Der Schornsteinleger

Man schreibt uns aus Dänke:

Um meinen nachstehenden Zeilen die Möglichkeit einer parteiischen Einstellung zu nehmen, möchte ich gleich Eingangs bemerken, daß ich — obwohl selbst niemals politisch tätig gewesen — als politischer Flüchtling hier weile. Die Veranlassung meiner Ausreise basiert auf einer Notiz der „Freiheit“ Nr. 103 und nimmt Bezug auf Abschnitt: Geheimnisvoller Schornsteinleger!!! Ich glaube hierzu folgende Aufklärung geben zu können:

Bis Juli 1933 befand ich mich noch in Deutschland. Selbstredend habe ich alle Veröffentlichungen, die mit dem Reichstagsbrand im Zusammenhang standen, eingehend verfolgt. Ich erinnere mich noch sehr genau, daß wenige Tage nach der Brandstiftung, laut Bericht verschiedener Tageszeitungen ein Schornsteinleger festgenommen wurde. Hierbei ergab es sich, daß der Festgenommene nach der Beendigung einer ausgiebigen Kneiptour in einem Bierlokal sich öffentlich der Brandstiftung bezichtigte. Abgesehen davon, daß derartige Selbstbezichtigungen als periodische Erscheinungen von krankhaft veranlagten Menschen nichts Neues darstellen, hat auch damals die Berliner und allgemeine Weltpresse keine weitere Notiz von diesem Zwischenfall genommen. Ich glaube diese Anselgenheit im Zusammenhang mit den Ausführungen des Senatspräsidenten Bünzger vom 14. Oktober bringen zu können, und möchte aus diesem Grunde Ihnen meine Wahrnehmungen nicht vorenthalten.

Zahlreiche Protestkundgebungen

Paris, 22. Okt. (Jusa). Durch ganz Frankreich geht eine einige Protestwelle, die sich gegen die Brandstiftungsjustizkommission wendet. Es haben in folgenden Orten in den letzten Tagen Protestkundgebungen stattgefunden:

Reudori (Elsas-Vorbringen), Mühlhausen (5 Kundgebungen), Saargemünd, in Regelles-Godault, wo der pro-

letarische Gemeinderat eine Protestresolution beschloß; in Nancy, Avignon, Grenoble, Toulon, Montreuil, Saint-Julien, Ellich, Maisons Alfort, Paris-Nord, Vercors, Tourange, Reunfirchen (Saargemünd).

Auch in England fanden neue Protestkundgebungen statt. Ueber 1000 Arbeiter nahmen an einer Kundgebung im Ringwayaal in London teil. In Manchester fand eine Versammlung mit über 6000 Arbeitern im Free Trade-Saal statt.

In Belgien. Der Provinzialrat von Lüttich hat gegen die Stimmen der Katholiken und der tschechischen Autonomisten eine Resolution angenommen, die den Reizprojekte verurteilt und die Freilassung der unschuldig Angeklagten fordert. In den Städten Marchienne und Charleroi fanden Protestkundgebungen in den Straßen statt.

Ausländische Pressestimmen

London, 22. Okt. (Ansa). Daily Express: „Das Verfahren gegen alle Angeklagten, ausgenommen von der Lubbe, scheint zusammenzubrechen. Der Oberstaatsanwalt erkannte heute Dimitroffs Alibi an, indem er feststellte, daß die Verteidigung es nicht nötig habe, den Schlafwagenbesitzer des Tages zu laden, in dem Dimitroff am Brandabend von München nach Berlin fuhr. Torglers Alibi ist vollständig und es wird erwartet, daß die rothaarige Frau, die am Brandabend im Kino neben Popoff und Tanoff saß, deren Alibi gleichfalls verlesen werden wird.“

Journal des Debats: „Das Verhör der Jungen dauert fort, ohne irgendwelche neue Tatsachen zu enthüllen, geschweige denn irgendwelche Präzisionen herbeizuführen. Bisher hat noch nichts die Anklage gegen Torgler und die drei Dulaaren gerechtfertigt.“

Zahlungsunfähige Gemeinden

500 Millionen Rückstände

Daß bei der überwiegenden Mehrzahl der kommunalen Körperschaften in den letzten Jahren Zahlungsverhältnisse in größeren Beträgen aufgelaufen sind, ist schon seit langem bekannt. Ueber das Ausmaß dieser Rückstände hat die Reichsfinanzstatistik erstmals bei der Erhebung des Schuldenstandes zum 31. März 1933 umfangreichere Ermittlungen angestellt, deren Ergebnis nunmehr in „Wirtschaft und Statistik“ (Heft Nr. 19) veröffentlicht wird. Erfaßt wurden bei dieser Erhebung insgesamt 1205 kommunale Körperschaften (Gemeinden über 1000 Einwohner — ohne Danzstadt — und Gemeindeverbände), von denen 785 oder rund 65 Prozent rückständige Zahlungsverpflichtungen aufwiesen.

Der Gesamtbetrag der Rückstände belief sich auf 466,1 Millionen Reichsmark, wovon 168,4 Millionen Reichsmark auf die Gemeinden über 1000 Einwohner und 297,7 Millionen Reichsmark auf die Provinzial- und Kreisverbände entfielen.

Unter Berücksichtigung der Gemeinden unter 1000 Einwohner, deren Ergebnisse noch ausstehen, dürften die Rückstände sicherlich 1/2 Milliarde Reichsmark überschreiten.

Für die Beurteilung der durch die Zahlungsverhältnisse entstehenden Unsicherheit im gemeindlichen Kassenwesen ist die Art der Rückstände von größter Bedeutung. Die Gemeinden haben von dem Mittel des Zahlungsverzugs in erster Linie gegenüber öffentlich-rechtlichen Gläubigern Gebrauch gemacht. In einigen Ländern, in denen die kommunalen Kassen Staatskassen erheben, sind vor allem die für den Staat vereinnahmten Beträge in großen Einheiten einbehalten worden, in andern Ländern sind hauptsächlich die dem Reich bzw. der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung geschuldeten Beiträge zur Krisenfürsorge nicht bezahlt worden, vielfach sind auch von andern Gemeinden vorgelegte Kosten der allgemeinen Fürsorge nicht erhaltet, oder es sind Provinzial- und Kreisumlagen, Schulbeiträge, Polizeifolgebeträge und dergleichen nicht oder nicht rechtzeitig abgeführt worden. Außerdem machen diese rückständigen öffentlichen Ausgaben und dergleichen 234,3 Millionen Reichsmark oder rund die Hälfte der Rückstände überhaupt aus.

Ein weiterer großer Teil entfällt auf Verbindlichkeiten aus dem Schuldendienst. Von den an den Börsen gehandelten kommunalen Anleihen sind zwar verhältnismäßig wenig ausbleibend geworden, und auch die Ausbringung des Schuldendienstes für die großen Auslandsanleihen ging bisher ziemlich reibungslos voran; häufiger vergrößerte sich jedoch der Zinsrückstand auf die von den eigenen Kreditinstituten der Gemeinden (Girozentralen, Sparkassen) gegebenen Kommunalkredite sowie auf staatliche Darlehen, Erwerbslofenkredite und dergleichen, bei denen wieder die privaten Darlehensnehmer ihren Verpflichtungen gegenüber den Gemeinden nicht nach kamen. Im Vergleich zu dem Zins- und Tilgungssoll der Rechnungsjahre 1931/32 und 1932/33 machen die Rückstände im Schuldendienst jedoch immerhin erst ein Zehntel aus (193,2 Millionen Reichsmark oder rund 42 Prozent der Rückstände überhaupt).

Der verbleibende Restbetrag der Rückstände (167 Millionen Reichsmark oder 7,9 Prozent) umfaßt unbezahlte Rechnungen für Lieferungen und Leistungen aller Art, die namentlich bei den gemeindlichen Kanowerkaltungen vorkommen. Die Gläubiger sind hier überwiegend Groß- oder Mittelbetriebe in Industrie, Handwerk und Handel. Die verhältnismäßig niedrige Summe erklärt sich zum Teil daraus, daß die Rechnungen nur dann aufgenommen worden sind, wenn sie am Stichtag der Erhebung mindestens ein halbes Jahr fällig waren. Von den gesamten Zahlungsverpflichtungen dürften etwa 60 Prozent auf öffentlich-rechtliche und 40 Prozent auf privatrechtliche Verpflichtungen entfallen.

Die Kapital-Investitionen

Der „Neue Vorwärts“, Karlsruhe, beschäftigt sich kritisch mit der Darstellung des Instituts für Konjunkturforschung über die Kapital-Investitionen in Deutschland. Das Institut behauptet, daß die Investitionen den Stand von 1931 bereits überschritten haben, daß die Mittel dafür im wesentlichen von der öffentlichen Hand gegeben und zum größten Teil für Straßenbauten und ähnliche Erarbeiten verwendet werden.

Demgegenüber weist der „Neue Vorwärts“ darauf hin, daß nur ein kleiner Teil der Behauptungen richtig sein kann. Nach den amtlichen Angaben hat sich der Produktionsumfang um 22 Prozent erhöht. Die Produktion von Rohstoffen aber hat in der Zeit von August 1932 bis August 1933 von 298 000 auf 473 000 Tonnen, also um 58 v. H., die Produktion von Rohstoffen um 417 000 auf 706 000 Tonnen, also um 70 v. H., die Produktion von Salzwasserzergewinnen von 300 000 auf 750 000 Tonnen also um mehr als 80 v. H. zugenommen.

Das Baumwesen und der Maschinenmarkt, die sonst einen großen Eisen- und Stahlbedarf haben liegen völlig darnieder. Für Straßen- und Erdarbeiten wird fast kein Eisen verwendet. Deshalb bleibt als Erklärung für die gewaltige Erweiterung der Eisen- und Stahlproduktion nur übrig, daß sie für Rüstungszwecke verwendet wird.

Jan Severin

Vor der deutschen Währungskrise

Die Zeitungen des „dritten Reiches“ dürfen über die Tatsache, daß die deutsche Exportmarke im Ausland nur noch halb so viel wert ist, wie es der Goldparität entsprechen würde, nichts veröffentlichen. Aber die Verheimlichung schafft die Tatsache selbst nicht aus der Welt. Vorläufig betrachtet man diese Entwicklung vor allem in der deutschen Ausfuhrindustrie noch als recht vorteilhaft, weil ja bekanntlich ein Teil der Exportfaktoren von den ausländischen Käufern deutscher Waren in diesen billigen Hilfsvaluten bezahlt werden kann, so daß sich hieraus eine beträchtliche Exportprämie ergibt. In naher Zeit aber dürfte die Periode, in der die Entwertung der deutschen Reichsmark nur in dieser verkehrten Form, also gewissermaßen unter Ausschluss der Öffentlichkeit erfolgte, abgeschlossen sein, denn Herr Dr. Schacht hat jetzt bekanntlich auf „legalem“ Wege das Recht erhalten, im Laufe der nächsten Monate zwei bis drei Milliarden neuer Marknoten in Umlauf zu setzen und als Deckung für diese neuen Emissionen von Zahlungsmitteln langfristige Anleihen in unbegrenzter Höhe zu erwerben. Einsteilen läßt man sich eine kurze Aufstadiumsfrist vorübergehen, bis man sich der Anwendung der neuen Postmardern Ernst machen wird. Aber diese Frist wird sehr kurz sein, denn die Entwicklung drängt und die Verhältnisse am deutschen Kapitalmarkt verlangen jetzt sehr deutlich eine Regelung. Die deutschen Städte und Gemeinden können nämlich ihren kurzfristigen Verpflichtungen in Höhe von etwa zwei Milliarden Mark nicht mehr nachkommen. Die ausländischen Gläubiger müssen bekanntlich schon seit langer Zeit stillhalten, aber für das Jahr 1934 wird man jetzt an einer Sanierungsaktion nicht vorbeikommen, da es ja unter den heutigen Verhältnissen keinen guten Eindruck machen würde, wenn gleichzeitig einige hundert deutscher Städte und Gemeinden ihren Konkurs anmelden würden.

Diese Regelung wird nun in der Weise vorgenommen, daß man die Gläubiger der kurzfristigen Forderungen unter der Androhung, daß sie sonst volle fünf Jahre stillhalten müssen, zwingt, an der Stelle ordnungsmäßiger Konversionsanleihe entgegen zu nehmen.

Wer die Ausgestaltung der öffentlichen Anleihen in Deutschland betrachtet, wird mit Recht die Frage aufwerfen, wo, wie und zu welchen Bedingungen denn eine solche gewaltige Umschuldungsanleihe marktmäßig überhaupt unterzubringen sein würde. Unter normalen Verhältnissen müßte man zugeben, daß diese Frage nicht beantwortet werden kann. Unter den heutigen Verhältnissen in Deutschland aber scheint man das zu wissen und es kann schon jetzt kaum einem Zweifel unterliegen, daß die neue „Reform“ des deutschen Reichsbank-Gesetzes hauptsächlich dem Zweck haben dürfte, einen großen Käufer für diese Emission von zwei Milliarden zu schaffen: die Reichsbank. Eine riesige Menge langfristiger Titel, die aus der Konversion notwendig gewordenen kurzfristigen Verbindlichkeiten schlechter Schuldner stammt, wird in den nächsten Monaten die Deckungsunterlage für neue Anleihen bilden. Diese Titel werden zunächst mit einer Verzinsung von 4 Prozent, von 1936 ab sogar mit einer solchen von 3 Prozent ausgestattet sein. Der Kursindex der öffentlichen Anleihen deutscher Emittenten an der Berliner Börse liegt

seit Wochen unter der Grenze von 80 Prozent. Es bedarf also kaum besonders scharfer finanzieller Kombinationen, um sich darüber klar zu werden, daß man wirklich schon sehr drastische Mittel anwenden mußte, um diese neuen konvertierten Anleihen marktmäßig zu machen.

Man hat diese Wege gefunden und hinter zahlreichen, zwar nicht ganz zutreffenden, aber sehr imponierend klingenden Fama-Brüchen, wie dem von einer deutschen „Open Market Policy“ verhängt sich die erlösende Zusicherung: Die Reichsbank zahlt alles.

Bisher hat man seit Monaten mit einem gewissen Erfolge versucht, die gewaltigen Beträge, die man dem Ausland infolge des Transfer-Moratoriums und der alten Stillhalte-Verträge schulbig geblieben ist, der „deutschen Wirtschaft nutzbar zu machen“. Der Devisen-zulauf war reichlicher geworden und man konnte die Rohstofflöhner der Rüstungsindustrie auf auffüllen. Auch die Deckungsquote des Zentralnoteninstitutes besserte sich un-aufhörlich von Woche zu Woche stets um den Bruchteil eines Prozentes, so daß die ausländischen Gläubiger wenigstens die Beruhigung hatten festzustellen, wo ihr Geld eigentlich blieb. Seit dem Quarantänestillschluß zeigt sich aber jetzt eine Wendung zum Schlechteren. „Made in Germany“ wird immer unbeliebter an den Exportmärkten und auch die billigen Exporte, mit denen man deutsche Waren bezahlen kann, scheinen nicht alle Hoffnungen zu erfüllen, die man in sie gesetzt hat. Außerdem hat man sich verpflichtet, wenigstens die Hälfte der Zinsen in bar zu zahlen und auch dies wird die Devisenlage weiter belasten. Nach den anerkannten Methoden einer normalen Notenbankpolitik kann man nicht genügend Geld fabrizieren, um die Konkurse der Länder, Städte und Gemeinden zu vermeiden. Aber man braucht Geld, und zwar nicht nur zur Sanierung der öffentlichen Körperschaften sondern auch für Arbeitsbeschaffung, Rüstungsaufräge und verwandte Dinge.

Gold, Devisen und Handelswechsel lassen sich nicht beliebig vermehren, aber eine Konversionsanleihe der öffentlichen Hand im Betrage von zwei Milliarden RM. wird Herr Dr. Schacht auf sechs Monate hinaus die Arme strecken lassen und es ihm ermöglichen, der Regierung so viel neue Zahlungsmittel zur Verfügung zu stellen, wie sie braucht.

Die Frage, wie sich das Schicksal der deutschen Mark in den kommenden Wintermonaten unter diesen Verhältnissen gestalten wird ist nicht besonders rätselhaft. Auch die Tatsache, daß man sich gerade zum jetzigen Zeitpunkt mit der Ausarbeitung eines Projektes zur Konsolidierung der im Ausland untergebrachten, auf Dollar und fremde Währungen lautenden deutschen Anleihen beschäftigt, und zwar auf der Basis einer Konvertierung aller dieser Bonds in auf Mark lautende Titel, kann das Bild nur noch erschärfen. Die Vorbereitungen der neuen Inflationsperiode sind in Deutschland jetzt nahezu abgeschlossen. Das Schicksal der deutschen Reichsmark dürfte sich in den nächsten Monaten klären und es bleibt abzuwarten, ob die jetzt bevorstehende Währungs- und Krise nicht schon recht bald auch die wirtschaftlichen Widersprüche des Hitler-Systems im Innern sowie in seinen Beziehungen zur Weltwirtschaft entscheidend verschärfen wird.

Deutsche Ausfuhr

Rekordziffern und Tiefstand

In den ersten neun Monaten der Jahre 1929, 1932, und 1933 hat sich die deutsche Ausfuhr wie folgt gestellt:

| Warengruppe | 1929 | 1932 | 1933 |
|-----------------------|------|------|--------|
| Rohstoffe | 297 | 265 | 689 |
| Gewerbe | 236 | 271 | 826 |
| Kleidung | 78 | 84 | 122 |
| Papierwaren | 116 | 153 | 307 |
| Farben u. Chemikalien | 415 | 312 | 720 |
| Glas und Porzellan | 124 | 132 | 291 |
| Eisenwaren | 392 | 633 | 1445 |
| Kupferwaren | 91 | 107 | 290 |
| Metalle | 837 | 488 | 879 |
| Elektrotechnik | 158 | 243 | 415 |
| Gesamtausfuhr | 3606 | 4291 | 10 043 |

Schokoladen- und Süßwaren

Das Institut für Konjunkturforschung berichtet: Die Nachfrage hat sich bis jetzt offenbar noch wenig belebt. Jedemfalls haben die Einzelhandelsumsätze noch kaum zugenommen. Einer Erhöhung der Fertigwarenpreise würden somit wohl große Schwierigkeiten entgegenstehen. Mit Rücksicht auf die Kaufkraft der Verbände ist nur eine langsame Belebung des Mengenabfahes zu erwarten. Von der im Durchschnitt geringen Konsumkraft der Bevölkerung und dem geringen Konsum der Arbeiterklasse ist die Produktion von Schokolade und Süßwaren trotz ihrer hochwertigen Erzeugnisse keine Ausnahme. Hierfür sind in erster Linie ausländische Zollschranken verantwortlich zu machen. Die Ausfuhrquote (Ausfuhr in Prozenten der Produktion) von Schokolade und Süßwaren lag im Durchschnitt der Jahre 1927 bis 1932 zwischen 2 und 3 Prozent. Seit Beginn dieses Jahres ist auch die Ausfuhr in diesen Waren von der Schrumpfung des Außenhandels nicht verschont geblieben.

Stockung

In den letzten Tagen ist die seit Beginn des vorigen Monats eingetretene Belebung auf dem Schrotmarkt unerwartet zum Stehen gekommen, die Verbraucher zögern mehr und mehr mit den Abrufen und die Abkäufer sind fast ganz eingestrichelt worden. Auch der wirkliche Bedarf scheint zur Zeit kaum gedeckt zu werden, obwohl die Vorräte auf den Werken kaum nennenswert aufgefällt sein dürften. Bei dem größten Verbraucher, den Ver. Stahlwerken, dürfte die starke Zurückhaltung auch mit der bevorstehenden Umgruppierung im Zusammenhang stehen. Die Preise neigen infolge dieser unerwarteten Stockung eher nach unten. — Auch auf dem Gütermarkt zeigt sich eine ähnliche Entwicklung: Die Umsatzziffern sind fast gar nicht im Markt und die letzten Preisbesserungen konnten nicht gehalten werden.

Luna-Park, Berlin, in Konkurs

Andres. Die Eigentümerin des großen Berliner Vergnügungspalastes, die Luna-Park Grundstücks G. (Aktienkapital zwei Millionen) und die Betriebsführerin, die Luna-Terrassen G. m. b. H., haben Konkurs angemeldet. Der Betrieb ist geschlossen worden.

Die Feierschichten im Ruhrbergbau

Die Feierschichten auf den Zechen haben sich seit Juni nicht wesentlich verändert. Dagegen hat sich die Zahl der Feierschichten in den Monaten Juni, Juli und August von 719 000 auf 896 000 erhöht, im September trat infolge der letzten Abgabebefreiung wieder ein Rückgang auf 818 000 ein. Die Zahl der im Ruhrbergbau beschäftigten Arbeiter steigt seit einigen Monaten wieder. Um die Regierung im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu unterstützen, hat der Ruhrbergbau seit Ende Mai über 6000 Arbeiter neu eingestellt, so daß sich die Gesamtbeschäftigung Ende September auf über 212 000 Mann stellte, also auf Kosten der Arbeitskräftigung.

Die Inflation

Andres. Das maßgebende börsennotierte Blatt „Die Tageliche Deutsche“ schreibt zu der Finanzlage Deutschlands: „Der Fall der Reichsmark wird zum Schluß nicht mehr zu vermeiden sein... Wie lange Deutschland noch in der Lage sein wird, den Ansehens der Stabilität seiner Währung aufrecht zu erhalten, ist nicht auf den Tag vorherzusagen... Daß die Reichsmark nicht... werden kann, steht für uns fest...“

Geringerer Milchkonsum

Nach Angaben des Statistischen Reichsamtes ging der Absatz von Frischmilch im letzten Halbjahr gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozent zurück.

Flugzeugmotorenwerk arbeitet in drei Schichten

Die Werke der Siemenswerke in Berlin arbeiten jetzt nur noch zwei Tage pro Woche. Im Rabelwerk wird teilweise nur noch drei Tage gearbeitet. Nur ein Werk: das Hlumo- (Flugzeugmotoren)-Werk arbeitet in drei Schichten.

Aufträge in Geschloßkörben bis 1934

Die ganze Hamburger Rorbwaren-Industrie erhielt große Aufträge in Geschloßkörben, die bis zum Januar 1934 volle Beschäftigung geben.

Wirtschaftsorakel

Die Vereinigten Ultramarinfabriken A.-G. in Bfjn berichten: Nach Mitteilung der Verwaltung ist der Geschäftsgang in den ersten Monaten des neuen Jahres zwar etwas ruhiger, aber immerhin besser als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

„Exportat“ wird verlangt

Um der Katastrophe der deutschen Exporte zu begegnen, soll, wie die Führer der westlichen und inländischen Eisen- und Metallwarenindustrie anlässlich ihrer Zusammenkunft in Wuppertal forderten, ein Exportat geschaffen werden.

Gegen die Gemeinden

Durch Runderlaß des preussischen Innenministeriums Min.-Bl. 1. d. preuss. innere Verwaltung, S. 1, Ausg. N 42) wird den Gemeinden und Gemeindeverbänden erlaubt nahegelegte, von jeder wirtschaftlichen Verbindung Abstand zu nehmen.

Der Reichskanzler lügt!

Was er sagt, und was er tun läßt

In seiner Unterredung mit dem Sonderkorrespondenten der „Daily Mail“ sagte Reichskanzler Hitler

Die deutsche Jugend wird weder in den Arbeitslagern, noch in der SA, und in den unterstehenden Formationen mit militärischen Kenntnissen versehen.

Die pfälzische nationalsozialistische Presse und gleichgeschaltete Zeitungen berichten über Wehrsportfischen in Pirmasens (u. a. „NSB.“ vom 12. Oktober):

Das Mannschafsfischerei, bestritten von 28 Konkurrenten, brachte erbitterte Kämpfe. Sieger blieb die Mannschaft der Motorreserve 3. Zweiter wurde der Schützenverein Pirmasens, dritter Sieger blieb Sturm 8 Standarte 5.

Die Siegerliste

Mannschafsfischerei: 1. Motorreserve 3 hier, 632 Ringe; 2. Schützenverein Pirmasens 609 Ringe; 3. Sturm 8, Standarte 5, 551 Ringe; 4. Schützenklub 1911, 525; 5. Bürgerliche Schützengesellschaft 508; 6. Chem. 23er, 508; 7. Schützengesellschaft Bogeln 505; 8. S.H.-Sturm 6/5 504; 9. S.E.-Sturm 1/2/10 494; 10. Fußballklub Pirmasens 474; 11. Standartenstab 474; 12. Pfälzer Schützenverein 470; 13. Gendarmen Pirmasens 444; 14. Polizei Pirmasens 443; 15. Stahlhelm, aktiver Sturm 416; 16. Militärärzter Berga, 409; 17. Chem. Feldart. 405; 18. Berga, ehem. 4er 402; 19. Nachrichtensturm Standarte 3 390; 20. Ref. 1. Reg. 22 381. Es folgten dann noch entsprechend der Rangzahl: S.H.-Sturm 1 „Arthur Prack“, Motorsturm, Stahlhelm-Reserve Sturm, Infaut. Leibregiment, 18er Kameradschaft, S.H.-Sturm 2/3, Berga, ehem. 2er, S.H.-Sturm 4/5.

Der Vorsitzende Dr. Ramm lud alle zum nächsten Schießen ein: „Es gelte, deutschen Wehrgeist, germanischen Kampfesgeist ins Volk zu tragen, der Schießsport müsse Gemeingut der Nation werden.“

Professor Banse

Sein Buch beschlagnahmt

Ein Teil der ausländischen Presse hat in tendenziöser Absicht einzelne Sätze und Abschnitte aus dem Buch des Professors Banse, Wehrwissenschaft, Einführung in eine neue nationale Wissenschaft, zitiert, um damit die friedliche Gesinnung des neuen Deutschlands zu verächtlichen. Es wird demgegenüber festgestellt, daß die von Prof. Banse vertretenen Auffassungen nicht denen der deutschen Regierung entsprechen und schließlich als persönliche Meinungsäußerungen zu betrachten sind. Professor Banse's Buch Wehrwissenschaft, Einführung in eine neue nationale Wissenschaft, ist beschlagnahmt worden.

Erst auf Grund von Zitaten in der ausländischen Presse hat man die Beschlagnahme des eben drei Wochen lang geführten Buches, dessen Autor von der Hitlerregierung mit einem Gehaltszuschuß für Wehrwissenschaft beschenkt wurde, angeordnet. Professor bleibt er. Als Erzieher der Studenten kommt der wehrhungrige Mann allen Wünschen der Nationalsozialisten in idealer Form entgegen.

Wir aber fragen: Wann wird Hitlers „Mein Kampf“ beschlagnahmt? In diesem größten Buchwerk befinden sich Hunderte von Stellen, die geeignet sind, die friedliche Gesinnung des neuen Deutschlands zu verächtlichen. Sie sind vom deutschen Standpunkt um das hundertfache gefährlicher als das Buch des Wehrwissenschaftsprofessors, weil sie sich auf die höchste Autorität, auf die des Kanzlers und Führers, stützen können. Vielleicht die des Kanzlers und Führers, stützen können. Vielleicht die des Kanzlers und Führers, stützen können. Vielleicht die des Kanzlers und Führers, stützen können.

Im Dresdener Volkstheater wurde der Unterbezirksleiter der NSD. Dresden Koll. erschlagen. Den Unterbezirksleiter der NSD. Zwickau, Martin Hoog, sticht man tot aus einem Tisch bei Zwickau. Seit zwei Monaten wird Frau Erna Stentisch mit ihrem einjährigen Kind in Gefängnis Mönchenerplatz festgehalten; als Geisel für ihren gefährlichen Lebensgefährten, der kommunistischer Funktionär war.

Fontamara

ROMAN VON IGNAZIO SILONE

Daraufhin hand der Cavaliere vom Bett auf und verließ das Zimmer. Die hörten ihn im Gang huschen. Dann hörten wir den Husten langsam die Treppe hinuntersteigen, sich einige Minuten im Erdgeschoß aufhalten, wo der „Gute Schächer“ im Hinterhalt lag, auf die Straße gehen und in der gegenüberliegenden Wirtschaft verkommen.

Wir mußten fast eine Stunde warten, bis der Husten wieder aufhörte, wieder über die Straße kam, wieder langsam und müde die Treppe heraufkroch, an unserer Tür etwas ablegte, eintrat und einen Laib Brot, eine halbe Butta und eine halbvoll Flasche Rotwein mitbrachte.

„Wer hat es dunkel?“ sagte Cavaliere Pazienza zu uns, nachdem er seine horizontale Lage wieder eingenommen hatte und obwohl wir ihm noch nicht einmal erklärt hatten, was mit uns los war.

„Wieviel Geld habt ihr noch?“, fragte er schließlich nach einer Pause voll Nachdenkens.

Wir schüttelten alles, was uns geblieben war, in Berardo's Out, auch die Kupfermünzen waren dabei, und zählten dann rund 14 Lire.

„Wer hat es dunkel?“ orakelte daraufhin der entlassene Cavaliere.

Nach einer weiteren langen Denkpause fragte er:

„Können ihr euch aus Fontamara noch Geld kommen lassen?“

„Aber gewiß“, antwortete Berardo sofort, obwohl er vom Gegenteil überzeugt war.

„Und einige Döner? Giltliche kleine Dönerchen? Und etwas Käse? Ein bißchen Honig gegen den Husten?“ sagte der Cavaliere hinzu.

„Bestimmt“, bekräftigte sich Berardo zu sagen, der in seinem ganzen Leben noch keinen Honig gesehen hatte.

„Wer hat es dunkel?“ fragte er, hoffnungsvoller zu werden, „zwei Cavaliere Pazienza herablassend, wobei an die dreißig grüne Zäune zum Vorschein kamen.“

Litwinow fährt zu Roosevelt

Man rechnet mit einer Verständigung

Wie United Press aus Moskau berichtet, wird der russische Außenkommissar Litwinow in dieser Woche nach den Vereinigten Staaten abreisen. Die Reise geht zurück auf die Korrespondenz zwischen dem Präsidenten Roosevelt und dem Vorsitzenden des Bundeshauptvollzugsausschusses der Sowjetunion Kalinin, worin Roosevelt die Ansicht ausdrückt, daß die beiden großen Republiken ihre beiderseitigen Probleme durch direkten Verkehr besser lösen könnten. Er forderte Kalinin daher auf, einen Kommissar zur Erörterung der Wege und Mittel zur Annahme diplomatischer Beziehungen nach Washington zu senden, ohne daß jedoch die beiden Regierungen sich dadurch irgendetwas binden sollen. Kalinin antwortete erst und zustimmend und teilte mit, daß er Litwinow nach Washington senden werde. In politischen Kreisen, vor allem bei konservativ eingestellten Republikanern und Demokraten, wird die Nachricht mit Mißbehagen aufgenommen, da gerade jetzt in Rußland und Mexiko, also in alternativer Nähe der Vereinigten Staaten, kommunistische Unruhen herrschen. Aber in der arden Öffentlichkeit hat die Einladung Roosevelts an die Sowjetregierung ein gutes Echo gefunden. An der Börse setzte eine Aufwärtsbewegung ein. Die Kurse stiegen bis zu drei Punkten.

In England hat die Einladung Roosevelts an Rußland, direkte Verhandlungen durch einen Sonderdelegierten zu er-

öffnen, sehr großes Aufsehen erregt, besonders im Hinblick auf die Entsendung Litwinows. Die Blätter sehen die Anerkennung bereits als feststehende Tatsache an, da allgemein damit gerechnet wird, daß Rußland den Vereinigten Staaten sehr weit entgegenkommen werde, während Roosevelt seinerseits Rußland gegenüber zu weitgehenden wirtschaftlichen Zugeständnissen bereit sei. Der Boden sei so weit vorbereitet, daß der Abschluß eines Vertrages nur noch wenig mehr als eine Formalität zu sein scheint.

Die Arbeitslosen in Amerika

Immer noch 10 Millionen

15. Washington, 28. Okt. (Reuter.) Der Präsident des amerikanischen Arbeitervereins, Green, erklärte gestern, daß dieses Jahres hätten 3 600 000 amerikanische Arbeitslose Beschäftigung gefunden, 10 000 000 seien aber noch ohne Arbeit. Aus diesem Grunde müsse eine Verfürgung der Arbeitszeit in allen Industrien durchgeführt werden. Die Kaufkraft der Arbeiter habe sich von März bis September um 30,7 Prozent verbessert. Allerdings bedeutet dies infolge des Steigens der Preise in präxi nur 20,5 Prozent.

Nazi-Feme in Barcelona

Der Fall Göring und der Fall Arnau

Man schreibt uns:

Der bekannte Romanschriftsteller Frank Arnau, dessen Romane gegen die Todesstrafe, den § 218 und den Krieg in vielen sozialdemokratischen und kommunistischen Zeitungen erschienen sind, beriet vor dem Hitler-Umsturz als Vertrauensmann der Deutschen Bank die Vorstände der Daimler-Benz A. G. und der Bayerischen Motoren-Werke A. G., wie schon früher die Adler-Werke und andere Firmen der Automobilindustrie. In dieser Vertrauensstellung erhielt er interessante Einzelheiten über die Gelder, die damals von großindustrieller Seite der NSDAP. zufließen, darunter auch von einem Geheimkonto bei den BAWAG, aus dem private Rechnungen von Persönlichkeiten beglichen wurden, die diesen Werken Flugzeugmotoren auftrug. Unter anderem hatte ein Fliegerhauptmann 23 840 Reichsmark „discretionäre Vergütungen“ für Gefälligkeiten bei der Zurechtbringung solcher Aufträge erhalten. Dieser Fliegerhauptmann hieß — Hermann Göring!

Zum ersten Mal tauchte diese Anschuldigung gegen Göring in einer Anzeige auf, die der frühere Chefredakteur der „Münchener Neuesten Nachrichten“, Dr. Fritz Gerlich, bei der Polizeidirektion München erstatet hatte. Gerlich, der die Zusammenhänge selbst kannte, war bereit, gegen Göring unter Eid auszusagen. Er wurde daraufhin aber von einer Rotte Nazis so schwer mißhandelt, daß er erblindete und fast völlig das Gehör verlor. Er schied also als Junge aus. Gerlich hatte jedoch einen zweiten Zeugen gegen Göring benannt, nämlich Frank Arnau!

An Arnau konnten die Nazis zu ihrem Verdauern nicht heran, denn er befand sich gerade auf einer Erholungsreise auf der Balearen-Insel Mallorca. Da in Berlin aber zu allem Überflus noch bekannt geworden war, daß Arnau an der spanischen Uebertragung des Braunbuchs arbeitete und außerdem im Auftrag der Pariser „Editions du Carrefour“ (des Verlages, in dem das Braunbuch erschienen ist) einen Anti-Hitler-Roman „Die braune West“ schreibt, war ihnen doppelt daran gelegen, diesen unbedarften Zeugen der Göringischen Schiebergeschäfte unschädlich oder wenigstens „ungläubwürdig“ zu machen.

Die geheime Staatspolizei in Berlin setzte zu diesem Zweck den Kriminalkommissar Konrad Ruckbaum ein, der bereits in der Affäre des Junadeutschen Ordens und

seines Führers Mahraun eine mehr als zweifelhafte Rolle spielte und in dem „Fall Arnau“ ein willkommenes Mittel sah, seine Beförderung zum Kriminalrat zu erreichen, was ihm übrigens auch gelungen ist. Ruckbaum beschlagnahmte Arnau's Villa, verhaftete seine Sekretärin und mehrere ihm nahestehende Personen und erprekte dann von den Verhafteten in der bekannten SA-Verhörmanier Aussagen, die Arnau aller nur möglichen kriminellen Delikte beschuldigten und von Ruckbaum sofort zu einer grobartigen Pressekampagne verwendet wurden. Die Berliner Staatsanwaltschaft stellte zwar sehr schnell fest, daß keine einzige der Anklagen sich aufrechterhalten ließ, aber der Staatsanwalt verweigerte trotzdem gegenüber Arnau's Anwalt jegliche Rehabilitierung mit der zünftigen Begründung, „wegen einem Menschen, der im Auslande so unverdächtig die leitenden deutschen Staatsmänner bekämpfe, sei jedes Mittel recht“, und der Gerechtigkeit sei darum mit der Niedererschlagung des eingeleiteten Strafverfahrens vollst. Genüge getan.

Arnau hatte inzwischen die spanische Staatsangehörigkeit erworben. Das hinderte aber den Führer der Nazi-Driftgruppe von Barcelona, Bongert, nicht, ihn auf Schritt und Tritt durch Späher „überwachen“ zu lassen und ihm anzufündigen, er stehe auf der schwarzen Liste, sei „eigentlich schon ein toter Mann“, und weder Deutschland noch Spanien würden wegen des „Abfließens eines solchen Durcheinander“ irgendwelche Schwierigkeiten machen. Arnau's Sekretärin, eine Frau Dick in Barcelona, wurde von Bongert ultimativ aufgefordert, ihre Tätigkeit für Arnau sofort einzustellen; andernfalls werde ihre in Deutschland lebende alte Mutter unverzüglich in ein Konzentrationslager gebracht werden.

Als Arnau sich über diese Dinge beim deutschen Konsul beschwerte erklärte ihm dieser adelselendend, er sei damit natürlich nicht einverstanden, könne aber für Arnau's Sicherheit keinerlei Gewähr übernehmen und empfehle ihm deshalb, Barcelona zu verlassen und wieder nach Mallorca zu fahren.

Da die Nazis von Barcelona mit ähnlichen Terrordrohungen auch gegen den Herausgeber einer dortigen antifaschistischen deutschen Zeitung vorgegangen sind, beabsichtigen die spanischen Behörden jetzt, ihrem strengen Treiben mit ähnlichen polizeilichen Maßnahmen entgegenzutreten.

Und jetzt erst kam Berardo dazu, unsern Fall zu erklären. Der Cavaliere erhob sich suchte seinen Stock, der wie der Griff eines Regenschirms ansah, und indem er ihn in der Luft schwenkte, sagte er:

„Gut mir!“

Wir folgten ihm. Die erste Etappe war das Postbüro.

Der Cavaliere verfaßte ein Telegramm folgenden Inhalts:

„Benötigen 200 Lire, 10 Kilo Käse, 2 Kilo Honig, mehrere Hühner.“ und dann fragte er uns:

„An wen soll ich das Telegramm adressieren? Welche Familie ist die wohlhabendste?“

„Schick es an meinen Vater, Vincenzo Viola“, antwortete Berardo, der seinen Vater schon als Kind verloren hatte.

Don Pazienza hand schon am Schalter, als Berardo ihn fragte:

„Cavaliere, essen Sie gerne Pfirsiche?“

„Und wie!“ antwortete er. „Sie sind gut gegen den Husten.“

So wurde dem Telegramm noch die Bestellung von 10 Kilo Pfirsichen angehängt. Der Cavaliere schrieb den Text nochmals ab und empfahl dann:

„Zählt und folgt mir!“

Wir zählten und folgten ihm. Die zweite Etappe war der Arbeitsnachweis faschistischer Gewerkschaften, wo man uns am ersten Tag weggelächelt hatte. Don Pazienza ließ uns im Gang stehen, aber durch einen geöffneten Schalter sahen wir ihn angeregt mit dem Bürovorsteher schwätzen und gestikulieren. Er zeigte ihm die Abschrift des nach Fontamara abegangenen Telegramms und deutete mit den Fingern auf die wichtigsten Worte. Der Bürovorstand schien unserm Anwalt schwere Einwände zu machen denn wir haben ihn zuerst erbleichen und dann mit der Frage auf uns zukommen:

„Ist der Käse von Fontamara zum Reiben oder zum Essen?“

„Wenn er frisch ist wird er gegessen, wenn er trocken ist gerieben“, entgegnete Berardo zur großen Freude des Cavaliere, der wieder wegfel, um dem Bürovorstand die befriedigende Auskunft zu übermitteln.

Andere Einwände wurden nicht gemacht, so daß der Cavaliere uns berichten konnte:

„Die Geschichte läuft. Das Amt wird die nötigen Papiere anfordern: Geburtsurkunde, Strafregisterauszug, Pen-

mundzeugnis und wenn es sie hat, wird man euch sofort in die Liste der Arbeitslosen eintragen. . . Die Arbeit wird dann schon kommen. Man wird euch ins Amt rufen.“

Am siebenten Tag unserer römischen Kufenhaltung hatten wir nur noch vier Lire. Wir kauften zwei Kilo Brot und hatten dann keinen Centesimo mehr.

„Die Nachricht des Arbeitsamtes kann ja nicht lange ausbleiben“, wiederholte mir Berardo immer wieder, um sich selbst Mut zu machen.

Um dem Mut gleich folgen zu können und da wir vor Hunger sowieso keine Lust zum Herumlaufen hatten, verließen wir unsern Gasthof nicht mehr. Bei jedem Geräusch stürzten wir vor die Tür. Beim Ausrufen des Briefträgers rannten wir ins Erdgeschoß, wo der „Gute Schächer“ im Hinterhalt lag.

Cavaliere Pazienza lebte in der gleichen Sorge. Nur mit dem Unterschied, daß wir auf Arbeit warteten und er auf die telegraphische Geldanweisung und die Lebensmittel von Berardo's Vater. Wir verbrachten alle drei den Tag auf dem Bett und waren bei jedem Geräusch alle drei an der Treppe.

„Du hast einen herzlosen Vater“, sagte Cavaliere Pazienza zu Berardo. „Wie kann er sich solange bestimmen, bis er zweihundert Lire schickt?“

„Gibt es Arbeit oder gibt es keine?“ antwortete Berardo. „Und wenn es eine gibt, warum rufen sie uns nicht? Wenn es keine hat, warum dann so viele Umstände?“

„Mit den Paketen muß man Geduld haben“, fügte der Cavaliere hinzu. „Man weiß ja, daß Pakete langsam reifen, besonders wenn sie leicht verderbliche Waren enthalten. Aber eine telegraphische Anweisung ist in einem Tag da. . . Dein Vater ist ein egoistisches Schwein.“

„Was hat ein Geburtschein mit Arbeit zu tun?“ erwiderte Berardo. „Es ist doch klar, daß man geboren ist, wenn man Arbeit sucht. . . Kein Mensch verlangt Arbeit vor seiner Geburt.“

Nach drei Postentagen und mühsamem Warten gaben Berardo und ich es auf, beim Erbleichen des Briefträgers ins Erdgeschoß zu rennen. Wir blieben vom Morgen bis zum Abend in unseren Betten liegen und verließen sie nur ab und zu, um an der Wasserleitung des Aborts zu trinken.

(Fortsetzung folgt.)

Deutsche Stimmen

Feuilletonbeilage der „Deutschen Freiheit“ * Dienstag, den 24. Oktober 1933 * Ereignisse und Geschichten

Nicht „blut- und arteigen“

Was das deutsche Volk nicht lesen darf

Das thüringische Volksbildungsministerium hat Richtlinien über die Auslese der Bestände der öffentlichen Bibliotheken herausgegeben, denen wir folgendes entnehmen:

In die volkstümlichen Bibliotheken oder diejenigen wissenschaftlichen, die eine volkstümliche Abteilung führen, dürfen nur Dichter und Schriftsteller aufgenommen werden, die auf dem Boden der blut- und artbedingten Volksgemeinschaft stehen und sich in ihrer geistig seelischen Haltung mit dem Schicksal ihres Volkes eins fühlen. Dichtungen dürfen nicht nur nach ihrem formalästhetischen und literarischen Wert, sondern müssen gleichzeitig, in Zweifelsfällen sogar in erster Linie, nach ihrem volkstümlichen Charakter und Gesinnungswert beurteilt werden.

Zu entfernen sind insbesondere die Erzeugnisse jüdischen Geistes und die Werke, die — aus dem bürgerlich-bekadenten Subjektivismus volkstumsfremder und landschaftsfremder großstädtischer Literaten verfaßt — in ihrer Wirkung dahin führten, daß volksbegründende und volkserhaltende Einrichtungen und Werte als Bagatellen behandelt, ironisiert und verfälscht werden. Ebenso sind auszuschalten die Erzeugnisse, die der Propaganda des Klassenkampfes, des Marxismus, des Pazifismus, der antireligiösen, antikirchlichen Bewegung oder einer paneuropäisch-weltbürgerlich eingestellten Geistigkeit dienen. Fremdsprachige oder aus fremden Sprachen übertragene Literatur soll nur insoweit im Ausleihverkehr belassen werden, wie sie deutsch-nordischem Empfinden artverwandt und seelenverbunden sei.

Judenglocke frei nach Schiller

Es liegt uns, so lesen wir im „Anruf“, ein gelbes Heft vor, das in Form einer Parodie auf Schillers Glocke eines jener typischen antisemitischen Nachwerke ist, aus denen die heutige Literatur des Hitlerlandes zu einem großen Teil besteht. Unter dem Titel „Judenglocke frei nach Schiller“ wird die Erinnerung an das Kunstwerk des edlen deutschen Dichters dazu mißbraucht, um eine Sammlung übelster antisemitischer Behauptungen ins Volk zu bringen: Mit behördlicher Genehmigung, wie auf dem Umschlag ausdrücklich vermerkt ist. Wir bringen einige Proben:

Der Kron, die Zahra berechnen die Tara . . .
Sie handeln mit Schwüren,
das Schwindelgefinde,
verkluppeln, verführen
und regen ohn' End'
die schmutzigen Hände.
Sie füllen den Knoblauch-duftenden Laden
manch' Deutscher schlingt sich um die Kehle den Faden,
doch der Jude sammelt tagaus und tagein
von den Schafen die Wolle, die Borsten vom Schwein
und fägte alte Posen und Lumpen dazu
und hat keine Ruh
und stel auch das Weltall in Staub und Trümmer
er schwindelt immer . . .
Weh, ein frevelhaft Beginnen
macht sich jetzt auf Erden breit
doch zum Schutze gegen Spinnen,
gegen Wanzgen, ruft und schreit:
Wer ist Herr im Haus?
Schmeißt den Juden raus,
wo er einmal festgesehen,
hat er stets sich vollgefressen.

Bei der wissenschaftlichen Literatur sei auszuschalten die marxistische und pazifistisch-antimilitarische Literatur, die ausgesprochen liberalistisch-demokratische Tendenz- und Gesinnungsliteratur jüdisch-literarischer Prägung, ferner die durch die neueste Entwicklung überholte oder überflüssig gewordene staatsbürgerliche Literatur, Darstellungen, die die Geschichte, insbesondere den Weltkrieg, materialistisch betrachten, ferner solche, die den Vulgär-Darwinismus vertreten, Werke der Freudschen Richtung usw.

Das Ministerium hat eine Liste der Schriftsteller aufgestellt, die entfernt werden müßten. Eine Liste derjenigen ist in Vorbereitung, die in jeder öffentlichen Bibliothek geführt werden müssen. Auf der Liste der nicht zu führenden Schriftsteller befindet sich u. a. auch Thomas Mann, wobei ausgenommen sind seine „Betrachtungen eines Unpolitischen“ in der Erstfassung und die „Buddenbrooks“.

Eine so gute Kennzeichnung des deutschen Schrifttums, das die Nationalsozialisten verkümmern und verbrennen, ist selten zu finden. Der Mann, der sie geschrieben hat, ist nicht ohne Fleiß ans Werk gegangen, um den Wünschen seiner Auftraggeber zu genügen. Manchmal hat man den Eindruck, daß er alles getreulich zusammenstellte, was er früher selber gerne gelesen hat.

Nazi-Deutschland mit der Parole: Ausrottung aller pazifistischen, weltbürgerlich-paneuropäischen Schriften! macht es seinen pazifistischen, weltbürgerlich-paneuropäischen Nachbarn nicht ganz einfach, an Hitlers Friedens- und Versöhnungsdruse zu glauben.

Es wird dann geschildert, wie der schurkische Jude Levy den armen deutschen Bauer (die blonden Kinder frisch und gesund, sie hätten die Gänse im Wiesengrund) in Not, Elend und schließlich in den Tod treibt:

Und als das Jahr vorüber war,
da lag der Bauer auf der Bahr,
da war'n verarmt ihm Weib und Kind,
verschachtet der Hof mit Roh und Rind,
der Jude bekam mehr als sein Geld,
und blieb beliebt bei aller Welt . . .

Der Jude wird natürlich Baron — merkst, ihr Barone! — und als er stirbt, meint unser Dichter:

Wir werden nicht traurig sein deshalb,
Rein, einen Grabstein auch soll er noch haben:
Hier liegt ein rändiger Jude begraben . . .
Dem Verdienste seine Kronen,
Untergang der Lügenbrut,
nicht auf gleicher Scholle wohnen,
kann der Deutsche und der Jud' . . .

Nach Vernichtung der Juden müssen natürlich auch die andern Bewohner der Erde drankommen:

Nordische Männer, voll Kraft und Mut,
nimmer gerastet, nimmer geruht,
bis ihr gerettet Geist und Gut
von asiatischer Schlangenbrut.
Marlige Sieger im Völkerstreit,
die ihr die Römer dem Tode geweiht
und gesüchtigt gallische Pflasterheit
vorwärts, allzeit zum Kampfe bereit . . .

Wir sind gern bereit, das Original der Minderheitenkommission des Völkerbundes sowie dem Auditorium der nächsten Rede des Herrn Göttsch in Genf zur Verfügung zu stellen. Der Dichter und Verleger heißt Bruno Raschke, als Druckort ist Weutchen, D. S., angegeben.

auf die Vorbereitung zur Wehrhaftigkeit; auf allgemein brauchbares Wissen und Kenntnisse ohne unnötigen Ballast; auf Vermittlung erbgesundheitlicher Kenntnisse; auf Auslese der Schüler nach rassehygienischen Gesichtspunkten; auf Einpflanzen der Sehnsucht nach nordischem, germanischem Ideal.

Verboten

Max Godann, Elternhygiene, Greifenverlag, Rudolstadt; folgende Zeitschriften: „Ren beginnen!“ (Parisbad), „Gerechtigkeit“ (Wien, monarchistisch, gegen den Antisemitismus gerichtet), Romy Dziennik (Krakau), „Vorwärts!“ (Wien, Buchdruckersachblatt), „De nieuwe Dag“, „Amstelbode“ (Amsterdam). Bis 20. Oktober sind verboten „Bolonie“ (Paris), „The Observer“ (London). (Deutsches Kriminalpolizeiblatt 1672).

Gnadenzeit für das Abendland

„Der Durchbruch der Deutschen Revolution bedeutet die Ueberwindung der französischen Vorherrschaft, ein Heraufkommen der deutschen Herrschaft und einer letzten Gnadenzeit für das Abendland.“ (Literarisches Zentralblatt Nr. 18 über ein Buch: Peters, Deutschlandswende!)

Konkurs

Wie in Delirien, die der Hunger schuf,
Raft buntgetarnt der Wahnsinn durch die Zeit,
Er jöhlt und schreit und lacht die Nordluft an,
Zerschlägt, zerknüllt die letzte Menschlichkeit.

Vor Hunger ist das Volk schon halb krepiert.
Mit Ahasiniformen angeht,
Sieht man, wie es von Gauflern angeführt,
In Massengräbern landen kann.

Das Volk will menschlich leben, gerne schaffen,
Es will im Grunde nur gesättigt sein,
Und rennt — den Worten hungrig glaubend —
In tödenden Konkurs hinein.

Sie werden gegenseitig sich die Schädel spalten,
Verbrennen ihre eigne schöne Welt!
Bis der Konkurs eintrifft, unbarmerzig, jählings
Wird „mangels Rasse“ eingestellt!

Bernard Shaw über die weiße Rasse

Bernard Shaw weihte kürzlich bei einem Cocktail, der ihm zu Ehren gegeben, aber dem Professor D'Courroy (Verfasser des Buches „Die japanische Gefahr“) gewidmet war, weil der große Satiriker keinen Alkohol trinkt. Bei dieser Gelegenheit stellte Bernard Shaw fest, daß es eigentlich gar keine weiße Rasse gibt. In China, wo er voriges Jahr war, nannten ihn die „Weißen“ den „Pink Man“, das heißt etwa den „Rosenrotten“, und „das mit Recht“, sagte Shaw, „den niemand von uns ist ganz weiß.“

Fridericus in München

Kitsch wie vor vierzig Jahren

Anlässlich des „Tages der Deutschen Kunst“ geschah in München folgendes: „Im Prinzregententheater kam Samstagabend „Friderich bei Weutchen“ zur feierlichen Erstaufführung, ein großes historisches Gemälde von Julius Bernhardt. Walter Brüggemann, bisher in der Schauspielregie als Meister minutiöser Kleintumst rühmlich bekannt, erwieß sich hier als großliniger Maler al fresco. Das Schlachtbild gelang unter Mitwirkung der SA-Männer der Schützenstandarte I und einer Jungvolkgruppe der NSDAP, ungewöhnlich farbig und geschlossen. Klug und eindringlich verkörperte Hans Schland den König im Lebensstadium des Mannes zwischen den feistehenden Vorstellungen vom jungen und vom alten Friderich. Soweit es der Text zuließ, konnte er selbst etwas von der dämonischen Betriebsamkeit des Genies ahnen lassen. Auf seinem Schimmel, inmitten seiner Generale und die Schau seiner Truppen unter den Klängen des Hohenfriedberger Marsches abnehmend, entzündete er fürmischen Beifall.“

Ueberall . . .

müssen die Tüchtigen gehen

An der Universität Leipzig sind auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums die nichtbeamteten a. v. Professoren Jabe (Pflanzenbaulehre), Doren (Wirtschafts-geschichte) und Goldbach (Landwirtschaftliche Maschinenlehre) in den Ruhestand versetzt worden. Auf Grund des gleichen Gesetzes ist dem nichtbeamteten a. v. Professor für Frauenheilkunde an der Universität Leipzig, Dr. Stutsch die Lehrberechtigung entzogen worden.

Staatsminister a. D. Dr. Karl Hugo Lindemann, Honorarprofessor für Kommunalpolitik und Sozialpolitik an der Universität Köln, ferner dem a. v. Professor für Philosophie Dr. Helmut Plessner und dem Privatdozenten für innere Medizin Dr. Daniel Pajzls, ebenfalls an der Universität Köln, ist die Lehrberechtigung an der Kölner Universität entzogen worden.

Der Althistoriker Dr. Volmar Wicker ist zum Professor bei der preussischen Akademie der Wissenschaft ernannt worden.

In Hamburg wurden die Universitätsprofessoren Rühlert (Direktor des Seminars für romanische Sprachen) und Paffens (Arbeitsrecht und Staatslehre) auf Grund des § 6 des Berufsbeamtengesetzes in den Ruhestand versetzt. Prof. Joseph (Psychiatrie) wurde die Lehrberechtigung entzogen.

Der Landeslehrerrat Doermer und der Syndikus der Bürgergesellschaft Bönckeberg wurden in den Ruhestand versetzt.

Aus Deutschland vertrieben — in England geht
Der englische Young-Pen-Klub hat Heinrich Mann, Lion Feuchtwanger und Ernst Toller zu seinen Ehrenmitgliedern ernannt.

Katholiken, schießt euch!

Die „Deutschen Führerbriefe“ bringen in Nr. 72 folgende Ausführungen: „Die heroische Lebensauffassung verlangt, daß man für seine Ehre mit seinem ganzen Sein einzustehen hat und sie nicht händlerischen Gesetzen unterstellen kann. Eine Ehrverletzung kann nur durch Blut sühnt werden. Die folgerichtige Anwendung und Durchföhrung dieser den Staat tragenden nationalsozialistischen Anschauung könnte dazu führen, daß die Waffe auch bei den katholischen Verbänden eingeföhrt würde, so daß dieser Grundfals eine Revolutionierung unseres ganzen Lebens hervorzuzufen würde.“

Zeit-Notizen

Gemaßregelte Bibliothekare

Dr. Kurt Glaser (Kunstabibliothek, Berlin), Dr. Billy Fiecht und Dr. Heinrich Schneider (Lübeck), Dr. Franz Schmid (Stuttgart) wurden beurteilt bzw. in den Ruhestand versetzt.

Passive Resistenz

Die „Führer“ der Buchdrucker jammern darüber, daß die Ausföllung und Nachsendung der Statistik-Karten sehr zu wünschenswert lässe. Die Statistik ist im Monat September überhaupt nur zu 20 Prozent ausgeföllt worden. Der Einlieferungstermin mühte daher verlängert werden. Auch Bestellungen auf die Monatschrift „Der graphische Betrieb“ laufen kaum ein. Es ist mit der Einstellung der Zeitschrift zu rechnen.

Erziehungsgrundsätze

Für die Erziehung vom 6. Lebensjahr an formuliert die Zeitschrift „Volksgesundheitswacht“ (Nr. 5) folgende Grundsätze: „In der Schule ist im Rahmen der Erziehungsaufgaben das Hauptaugenmerk besonders zu richten auf die Charakterbildung im Gemeinschafts- und Rassegedanken;

Politik

Von Dr. G. (London)

Politik? Bleibt mir weg mit Politik. Janz und Streit, Nord und Ostschlag, eigenfünnege Rechtshaberei. Nein, ich will nichts von Politik wissen. Wer so spricht, hat unrecht, denn er begibt sich ja dann selbst der Möglichkeit, etwas zu bessern; er überläßt das „Geschäft“ den Streit- und Janz-süchtigen, den Mörder- und eigenfünnege Rechtshabern. Aber wer so spricht, hat auch ein wenig recht, wenn er der Politik auf dem Kontinent als den Jubelgriff der Politik überhaupt betrachtet. Aber ist das denn die wahre Politik?

Wie kann Politik denn sonst aussehen? Auf dem Parteitag der Britischen Arbeiterpartei in Hastings. Sir Stafford Cripps hat das Wort, der Führer der Linken, der Minderheit. Er will seinen Antrag begründen. Rasch schreitet er zur „Rednertribüne“ (einigen freistehenden Reihen, mit einem braunen Tuch überdeckt, ohne Gitter und ohne Rednerpult). Stürmischer Beifall empfängt ihn, nicht etwa nur seine Anhänger klatschen. Er redet; klar, geschickt, vornehm. Als er endet, bringt ihm der Parteitag eine Ovation. Hat er die Mehrheit gewonnen, hat er seine bisherigen Gegner überzeugt? Keineswegs. Wäre überhaupt abgestimmt worden, der Antrag Cripps wäre mit starker Mehrheit abgelehnt worden. Aber weshalb dann der Beifall? Nun, er sprach klar und gewandt, er vertret seine Sache mit Geschick — und das wird anerkannt. Auch die Gegner seiner Ansicht bezeugen das durch Beifall. Dem Gegenpartei ist die Spitze abgebrochen, er wird nicht aufs Persönliche übertragen. Auch das ist Politik.

Ein anderes Beispiel. Auch in Hastings. Ellen Wilkinson, auch vom linken Flügel, heftig umritten, weil sie sich zu allerlei Vereinsgründungen hergibt, die von den Kommunisten für zweifelhafte Zwecke in Szene gesetzt werden. Die große Mehrheit ist zornig, man spricht sogar

Strafsache Cohn

Kulturbild aus dem „dritten Reich“

I.
„Auldaer Zeitung“ vom 16. September:
In einer Einzelrichterführung besaß sich unlängst das Gericht mit der Strafsache Cohn. Herr Cohn, Inhaber des Manufakturwarengeschäftes Beder neben der Pfarrkirche, wurde beschuldigt, sich am 21. August d. J. in seinem Geschäft einer Kundin vom Lande, die eine Krüge kaufen wollte, in zudringlicher Weise genähert und

an dem Mädchen unzüchtige Berührungen vorgenommen zu haben. Die Anklage wegen tätlicher Beleidigung stützt sich auf Aussagen eines 33 Jahre alten Mädchens, das behauptet, bei einem Krügenkauf vom Geschäftsinhaber aus dem Laden in einem im ersten Stock liegenden Geschäftsräum geführt und dort von dem Angeklagten in zudringlicher Weise belästigt worden zu sein. Nach ihren Aussagen vor Gericht hat sie selbst den Wunsch geäußert, die Krüge vor einem Doppeltisch (mit dem man sich auch von hinten sehen kann) anprobieren zu wollen. Zu diesem Zwecke hatte sie der Geschäftsinhaber in den Geschäftsräum im ersten Stock geführt.

Herr C. bestritt aufs entschiedenste die Angaben der Zeugin und betonte, bei der fraglichen Gelegenheit nur die bei einer leichten Anprobe üblichen und idyllisch häufig vorkommenden Bewegungen ausgeführt zu haben. Die Anprobe vor dem doppelten Spiegel habe es erforderlich gemacht, daß er der Zeugin den Kopf in die richtige Lage gerückt habe. Die ganze Szene war nach seinen Aussagen harmlos. Auch zwei Zeuginnen, die in dem Geschäft angestellt sind und während des Vorfalls im unteren Ladenraum weilten, der gegenüber dem in Frage kommenden Geschäftsräum keine Abschlusstür aufweist, entlasteten durch ihre Aussagen den Angeklagten. Bei den widersprechenden Aussagen des Angeklagten und der Hauptzeugin prüfte das Gericht die Glaubwürdigkeit ihrer Aussagen, wobei von einem hiesigen Arzt, bei dem das Mädchen gelegentlich in Behandlung stand, ein Gutachten abgegeben wurde. Es lautete dahingehend, daß die hysterische Veranlassung der Zeugin, die nachweislich schwer nervenleidend ist

und sich nach ihren eigenen Angaben vor mehreren Jahren einmal sechs Wochen lang in der Universitätsnervenklinik in Marburg befand, die Vermutung zuließe, an und für sich harmlose Vorgänge würden sich in ihrer Einbildungskraft aufschaukeln und sich so zur strengen Idee ausbilden, von deren Nichtigkeit sie selbst überzeugt ist.
Nach zweitägiger Verhandlung erging folgendes Urteil: Der Angeklagte wird wegen tätlicher Beleidigung samt zu einer verwirkten Gefängnisstrafe von 20 Tagen zu 100 Mark Geldstrafe

und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt, und zwar mit Rücksicht darauf, daß er noch nicht vorbestraft ist. In der Begründung wird gesagt, das Gericht habe sich nicht davon überzeugen können, ob alle Angaben des Mädchens objektiv wahr seien. Jedoch sei es überaus bedauerlich, daß die Zeugin die Vorfälle so glaubte, wie sie sie geschildert habe. Es könne die Aussagen der Zeugin jedoch nicht in vollem Umfang für glaubwürdig halten. Eine tätliche Beleidigung liege immerhin insofern vor, als die Zeugin sich auch die wenn auch harmlosen oder überabstakten Berührungen eines jüdischen Verkäufers nicht gefallen zu lassen brauche.

II.

„Auldaer Nachrichten“ vom 18. September:
Als vor wenigen Tagen der lauffam bekannte sächsische Jude Cohn, Inhaber des Manufakturwarengeschäftes Beder u. Co.,

durch die Straßen der Stadt Aulda geführt wurde, weil er es gewagt hatte, sich an einem deutschen Madel zu vergreifen, da war die Dessenlichkeit gespannt, welche Strafe diesem trübseligen Vertreter seiner Rasse für seine Unverschämtheit wohl erteilt werde. Am Freitagvormittag hatte sich nun Cohn

— aus der Schuchhaft vorgeführt — vor Gericht zu verantworten. Sein ganzes Auftreten war das des trivialen, frechen Judengenosse. Höhnisch grinsend beantwortete er die Verlesung des Protokolls und die Aussagen der Zeugin.

Vor dem Richter leugnete selbstverständlich Jud' Cohn, ein „harmloses“ Streicheln der Banne der Zeugin gab er allerdings zu. Die bestimmter und rubigen Aussagen der Zeugin, die merklich eine seelische Erschütterung auf Grund der Vorfälle erlitten hatte, sahen in tristem Widerspruch zu den Behauptungen des Angeklagten und stempelten ihn zum Lügner. Der Verteidiger des jüdischen Schmutzflüßes, Rechtsanwält Dr. Wätner, versuchte mit an den Haaren herbeigelegenen Argumenten seinen Klienten zu entlasten. Für ihn war ausschlaggebend, daß die Zeugin vor Jahren auf 6 Wochen in einer Nervenklinik war. Sie wurde aber als völlig gesund entlassen. Diese Tatsache genügt ihm allein, um ihr jetzt jedes lausliche Denken abzuspüren. Mit juristischen Spitzfindigkeiten gelang es ihm, das Gericht von der „Unschuld“ des Ostjuden zu überzeugen. Herr Wätner, Spitzfindigkeiten gibt es im neuen Deutschland nicht mehr.

Heute gilt deutsches Recht!
Was uns Nationalsozialisten an dem gesamten Verlauf der Verhandlung unangenehmlich und fast ungläubig anmutet, was wir weiter auf das Energetische ablehnen und was eigentlich heute vor einem deutschen Gericht nicht mehr vorkommen dürfte, ist die Tatsache,

daß Cohn an einer seiner Angestellten — einem deutschen Madel — noch einmal das vorkührt, was er nach seinen Angaben mit der Zeugin gemacht haben will.
Damit kam der Ostjude zu doppeltem Genuß! Hier ergibt sich übrigens die Frage: Wie konnte sich die Angestellte

dies gefallen lassen und wie konnte das Gericht dies überhaupt gestatten?

Der Staatsanwalt nahm scharf Stellung gegen das Verhalten des Juden und beantragte wegen tätlicher Beleidigung 3 Monate Gefängnis. Das Gericht konnte sich aber von der Schuld Cohns anscheinend nicht überzeugen und „verurteilte“ ihn zu der „hohen“ Strafe von 100 RM., anstatt einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von 20 Tagen.

Die Hinzuziehung des Sachverständigen Dr. Ruhl war völlig überflüssig, da ja keine Anklage, daß die Zeugin absichtlich die Wahrheit nicht verdreht, von dem Gericht außer Betracht gelassen wurde.

In dieser Angelegenheit ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Nachricht der Redaktion des „Neuen Vormärts“:
Der Warenhausbesitzer Cohn aus Karlsbad, 30 Jahre im Aulda ansässig, hatte seinerzeit gegen die Soufottierung seines Geschäfts das tschechoslowakische Konsulat mit Erfolg in Bewegung gesetzt. Darum wurde das Unschicktheater gegen ihn aufgeschürt. Das „deutsche Madel“, das im Kaufhaus nicht die geringste Spur von Aufregung gezeigt hatte, ging schnurstraks zur SA. Eine Stunde später wurde der unbekannteste alte Mann mit einem Schild: „Ich Jude habe ein deutsches Mädchen geschändet“ durch die Straßen geführt. Das Warenhaus steht leer — kein Mensch wagt mehr, dort zu kaufen. Der Besitzer befindet sich „in Schuchhaft“.

Und Strafsache Weinbaum

Im Kaufhaus Blase in Dresden waren antisemitische Flugblätter verbreitet worden. Da der Verbrecher nicht zu finden war, wurden 2 jüdische Angestellte entlassen. Der Inhaber des Geschäfts, ein strammer Nazi namens Meyer, begnügte sich jedoch mit dieser Maßnahme nicht, sondern zeigte zwei der Entlassenen, die Einkäufer Weinbauer und Heilbron, wegen angeblicher „Sabotage“ der Geheimen Staatspolizei an. Weinbaum wurde verhaftet, Heilbron gelang es zu entfliehen. „Sabotage der nationalen Arbeit“ ist heute ein schweres Delikt, dessen man gerne einen anderen beschuldigt, wenn die Geschäfte schlecht gehen. Offenbar glaubte sich Herr Meyer, der nur ein Strohmännchen ist, vor seinem Chef, einem Herrn, der im Mai dieses Jahres die Tausche empfing — anders nicht mehr verantwortlich zu können.

Arierparagraph bis ins Konzentrationslager

Hamburg, 20. Okt. (Juprek.) Das Konzentrationslager Fuhlsbüttel bei Hamburg mußte vergrößert werden. Die Juden, die in dem Lager untergebracht wurden, sind separiert. Der Arierparagraph gilt bis ins Konzentrationslager.

Gerichte ohne jüdische Anwälte

Von 67 Amtsgerichten des Landes Thüringen sind an 47 Amtsgerichten keine jüdischen Anwälte mehr zugelassen. Von den verbleibenden 7 Landgerichten ist jüdischen Anwälten an vieren das Auftreten verboten. — Siegfried! Die jüdische Konkurrenz ist geschlagen.

An- und Verkauf
zentraleuropäischer und südamerikanischer Devisen, Effekten und

REICHSMARK

durch das Bankhaus

Georges Perles & P. Michel
34, RUE LAFFITTE . PARIS IX
TELEFON TAITBOU 98-40 BIS 49

von Ausschluß Nun hat die Angegriffene das Wort. Eine frostige Stimmung empfängt sie; man spürt, daß ihre Argumente nicht überzeugen; gelegentlich gibt es ironischen Beifall, wenn sie sich schreien selbst widerspricht. Ihre Lage ist nicht beneidenswert. Aber sie sieht mit Leidenschaft, mit Wut, mit Witz und mit Anstand. Sie verläßt die Tribüne, bräusender Beifall. Neben mir sah ein grauhaariger Mann, ein scharfer Gegner der Wilkinsonischen Extratouren, oft brummt er während ihrer Rede vor sich hin, er stimmt gar nicht mit ihr überein. Aber jetzt ruft er begeistert „Bravo Ellen“. Sie hat mit dieser Rede ehrlich und tapfer, sie hat brav gekämpft. Man hat Respekt und zollt der Unterlegenen Achtung. In der nächsten Minute lehnt man ihren Antrag mit überwältigender Mehrheit ab. Vor der Abstimmung aber spricht Herbert Morrison, vom Parteivorstand, gegen Ellen Wilkinson. In der Sache unbegreiflich und scharf, in der Form humorvoll, in freundschaftlichem Ton. „Ellen Wilkinson hat gesagt, unser Sozialismus müsse Klauen und Zähne haben — nun, solange sie in unseren Reihen ist, ist doch daran keine Not. Ich habe Ellen Wilkinson gern, ich habe sie wirklich gern, ich bewundere ihre Aktivität — nur, weshalb geht sie so oft in die falsche Richtung?“

Ellen Wilkinson „rächt“ sich an Morrison, sie hatte es ihm vorher persönlich angekündigt. Aber wie tat sie es? In England ist es bei solchen Kongressen üblich, am Schluß ein Dankvotum für den Vorsitzenden, den Stab, die Presse usw. einzubringen. Ein Delegierter bringt den Antrag ein, ein zweiter sekundiert. In Hastings brachte der Gewerkschaftsführer Bevin den Antrag in einer wichtigen Rede ein. Zum Sekundieren erhob sich Ellen Wilkinson. Sie schloß in ihre Dankrede — ein rhetorisches Meisterstück, sprühend von Witz und Charme — auch Morrison ein, der durch sein häßliches Führen mit den Damen (er hatte sich außer mit Ellen Wilkinson auch mit einer anderen Frau, der radikalen Pazifistin Woodman auseinandergesetzt) so der radikalen Pazifistin Woodman aufeinandergeht) so viel zum guten Verlauf des Kongresses beigetragen habe.

So nimmt man in der englischen Politik Niederlagen auf. Auch der Parteivorstand hat in Hastings in einigen Fragen zweiten Ranges Niederlagen erlitten und sie mit der gleichen Würde und Selbstverständlichkeit aufgenommen.

Noch ein Beispiel aus Hastings. Als der Präsident und der Generalsekretär Henderson bereits ihre Schlussworte gehalten haben, erhält ein Vertreter der Presse das Wort. Der Berichterstatter der Labourzeitung? Nein der Vertreter der „Morning Post“, dem Blatt der „ehrbaren Freunde“ der Rechten. Er hält keine politische Rede, er sagt nur einige wenige freundliche Worte. Aber ein konterwärtiger Pressevertreter spricht auf dem Labour-Kongress. Das bereits fast viel.

Nicht immer kämpft man in England so ritterlich. Wenn es hart auf hart geht, sieht auch die englische Reaktion verärgerte Waffen nicht. Aber in normalen Zeiten sieht man auf keinen Fall. Auch im Parlament hält man auf anständigen Ton. Wenn man sich noch so hart angreift, der Gegner bleibt „der ehrbare Gentleman“ oder gar der „ehrbare Freund“. Der Ehrlichkeit, gewiss. Aber Heuchellichkeit, die doch auch aufs Weisen zurückwirken.
Mit Behmut steht der Deutsche diesen sportlichen, ritterlichen Kampf. Er denkt an die etablierten Parlamentarier, an die Schimpfreden, an die Mißachtung des Gegners. Er denkt aber auch an deutsche niedergeschlagenen wurde, und wie gehässig war oft der Ton, in dem die Opposition die Führung niederknurren suchte. Dort sah die Opposition verbittert fast geachtet, mit grimmigen Mienen und finsternen Gedanken zusammen und brütete darüber, wie die Führung durch kleine Manöver in die Enge getrieben werden könne. Feber, der mit einem Oppositionellen sich freundlich unterhielt, war bereits verdächtig. In England tödet auch scharfe Meinungsverschiedenheit den Geist der Kameradschaftlichkeit und Menschlichkeit nicht. Politik so oder so,

Auch Sie müssen

französisch lernen

Fließende Konversation in 3 MONATEN

Einzelstunden, Gruppenkurse, französische Handlungssprache, Erste Hilfe, deutsche Muttersprache, individuelle Beratung in Aufenthalts- und Existenzfragen.

Spirigafis
7, rue Traversière (Jdn. Botsch)
BRUSSEL, Tel. 17.98.50

Brüssel
rue l'Enseignement 11-17

Forderungszinziehung
sowie Handelsvertretung in Deutschland

Dr. jur. Karl Goldmann
fr. deutscher Rechtsanwalt
Rückporto, Besuchsanmeldung erbeten, Französisch, Unterrichtspreis daselbst monatlich 20 Fr.

Insulieren bringt Gewinn!

Tel. Trinité 43-13
Métro: Pigalle

Deutsche Poliklinik Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld

a) Allgemeines Konsultationen mit 9 Spezialisten
b) Chirurgie Zweistöckiges Sanatoriumsgebäude, die allermodernste Einrichtung
c) Geburtshilfliche Klinik Vierstöckiges Gebäude, Zimmer mit 1 bis 4 Betten
d) Zahnärztliches Kabinett Zahn- und Mundchirurgie

Ordination täglich von 9-12 und 2-8; Sonn- und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

Herzog (Duc)
70 Jahre, deutschsprachig, franz. Nationalität, letzter s. Stammes, wäre bereit Dame entspr. Kreise zu heiraten evtl. Adoption mit Grauentitel, Offizier an. G. 19 SERRIERES DE BRIARD

J. BRUNSCHWIG
Tailleur
154, Boulevard Haussmann
Tel. Carnot 39.12
PARIS (18^e)

Wäscherei n. Färberei abzutreten.
Vorteilhafte Bedingungen
Verkauf: Guat Kundenschaft, Bruno, 3, rue Faidherbe, Paris.

Damen-Schneiderin
Emigrantin, fertigt Kleider, Blusen, Röcke bei billiger Berechnung, auch ändern und modernisieren.
SCHÖNFELD, 17, rue des Petites Ecuries (18)

Ehepaar gesucht
(Kammerdiener u. Köchin) für bürgerliches Haus.
Sereilh. Publ. Mergl, Paris 11, rue Turbigo Nr. 677.

„Ritterliche Reichsführung“
Phrasen und Tatsachen

Der „Weltdeutsche Beobachter“ (Nr. 267), Hauptorgan Oellers im Westen, schreibt in einem die ganze erste Seite füllenden Aufsatz über „Hitlers ritterliche Reichsführung“.

Kernsatz ist:
„Es muß in der Politik Ritterlichkeit und Aufrichtigkeit geben.“

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet:
Das Amtsgericht Godlar hat zwei Ehefrauen zu je zwei Wochen Haft verurteilt, weil sie bei einer vaterländischen Feier während des Gesanges des Deutschlandliedes und des Horst-Wessel-Liedes nicht mitgelungen und den rechten Arm nicht erhoben hatten.

Für den Gesamtabdruck verantwortlich: Johann Pfl in Duderstadt; für Anzeigen: Otto Pfl in Saarbrücken, Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 3.

Günstige Kapitalanlage!

800 000 Frs. als 1. Hypothek

sucht gutbeschäftigter
Großbetrieb zwecks
Erweiterung und Ausbau

Nur ernsthafte Geldgeber wollen Offerte einreichen unter Nr. 712 an die Geschäftsstelle der „Deutschen Freiheit“ Saarbrücken

Pariser Straßenkalender

Die große Pariser Herbstausstellung wird am 31. Oktober im Grand Palais eröffnet.

In Vincennes sind die Arbeiten zur Erleichterung eines Zoo von Paris bereits fortgeschritten. Die Hauptfrage der Kinder wird ein Löwenkäfig.

In der Rue de la Ferme entdeckte eine Portierin einen Kerl, der in einem Auto in der Garage schlief. Der Mann

Pariser Kino-Programm

vom 20. bis 26. Oktober 1933

- Agriculteurs.** — La Maternelle (nach Léon Frapiés Roman).
- Aktualitäten-Kino L'Auto** (31, Bd. des Italiens). — Ununterbrochen von 10 Uhr bis Mitternacht. Double Sens Interdit Sketch, La Question du Pacifique, Match Rugby Ives du Manoir.
- Bonaparte.** — La Maternelle (nach Léon Frapiés Roman).
- Cinéma des Champs-Élysées** (118, Champs-Élysées). — Jennie Gerhardt (Sylvia Sydney), amerikan. Fassung, franz. Untertitel.
- Ciné-Opéra.** — La Maternelle (nach Léon Frapiés Roman).
- Ciné-Plage Marbeuf** (31, rue Marbeuf). — Platinum blonde (Joan Harlow), französische Untertitel.
- Ermitage-Club des Ursulines.** — Cavalcade (engl. Originalfassung, franz. Untertitel).
- Lord Byron** (122, Champs-Élysées). — Privatleben Heinrichs VIII (Ch. Laughton), englische Originalfassung, französische Untertitel.
- Madeleine.** — Le chant du Nil (Ramon Novarro).
- Paramount.** — Un soir de Réveillon (Meg Lemonnier).
- Panthéon** (13, rue Victor-Cousin). — Mata Hari (Greta Garbo, Ramon Novarro).
- Parnasse Studio** (11, rue J.-Chaplain). — Dostojewsky (Sowjetfilm), La Terre a soif.
- Raspail 216.** — Prospérité (Marie Dressler), Originalfassung, franz. Untertitel.
- Studio Caumartin.** — Back Street (franz. Untertitel).
- Studio Etoile** (13, rue Troyon). — Liebeslei (nach Arthur Schnitzler) mit Magda Schneider. (Deutsche Originalfassung.) Ununterbrochen von 14.30 Uhr bis 19 Uhr; abends um 21 Uhr.
- Ursulines.** — The Phantom President (amerik. Originalfassung, franz. Untertitel); L'Homme à la barbe.
- Washington Palace** (14, rue Magellan). — Once in a lifetime (Jack Oakie, Sydney Fox), franz. Untertitel.
- Washington Club** (14, rue Magellan). — Dienstag, Donnerstag, Samstag und Sonntag, 3 Uhr und 9.30 Uhr; Grand Slam (Lor. Young), franz. Untertitel.

LE
POULOU, POULOU
116, CHAMPS-ÉLYSÉES — PARIS
Dir. Rolf Thisenhausen
**DANCING
CABARET**
Täglich: Nachmittags 4.30 Uhr
Abends 8.30 Uhr
Zeitgemäße Preise — Pilsner Urquell
Tel. Balz. 48-15 bis 15

BRIEFKASTEN

C. u. St. Jürich. Von Bernard Brentano, dessen letztes Buch „Der Beginn der Barbarei“ in Deutschland von der Arbeiterschaft fast gelesen wurde, wird im Verlag Dorothei und Wehling, Jürich, ein neues Buch erscheinen: „Berliner Novellen“. Die Novellen erzählen aus dem Berliner Arbeiterleben.

„Saarbrücker Abendblatt“. Dieses Blatt, herausgegeben von einem Verlag, der sich 1919 „Voter freies“ nannte, veröffentlicht Gobbels-Erinnerungen. Wir lesen da, wie ein hutmgepeitschter Kämpfer der Herr Reichspropagandaminister in den Tagen des Kampfes war. Leider vermögen wir eine seiner bekanntesten Reden nicht zu lesen. Er erzählt vor einigen Jahren in seinem „Angriff“, wie er in der Gefangenschaft von Belgiern ausgepeitscht worden sei; nun aber, in der Hindenburg-Ära werde seine Treue zu Deutschland mit Verfolgungen belohnt. Diese Geschichte hat damals in nationalsozialistischen Kreisen viel Nahrung erzeugt, aber auch viel Zweifel, wie ein Kämpfer bei sich zu haben. Nur hatte sie einen Fehler: das Herr Gobbels „gesunken“ hatte. Der „Jugendliche“ Arthur Brauns (was heißt übrigens der Begründer der Deutschen Staatspartei von 1930 heute) stellt fest, daß Gobbels nie im Gefängnis, natürlich auch nie gepeitscht worden sei, und er forderte den jungen Heiden sehr dröhnend zur Klage heraus. Die kam nie. Warum wir diese Historie in Erinnerung bringen? Weil heute Brügelin und Wehling sehr aktuell ist, mit dem Untertitel: „Die Belgier hatten Gobbels nicht in der Realität, sondern nur in der Propaganda-Dantia des Tübbers gefangen, während es heute die Vandalen an Landläuten offiziell und programmatisch verüben.“

Julius Jersch. Wer weiß, wo dieser namhafte Arbeitervorbereiter ist, auf den Heiligungsbefehl an der „Münchener Post“? Er wurde Mitte März verhaftet. Seitdem ist er verschollen. Nachforschungen in Tübingen sind ohne Ergebnis geblieben. Hier aber liegt noch wie bei Karl Kasper, der das Gedicht vom „Armen, aber getreuen Sohn“ als Soldat im Weltkrieg schrieb. Jetzt macht er ein Mann von über fünfzig Jahren, erarbeiten in diesem Schlamme und liegt hin und wieder ein Vocum aus seiner Feder, das die gleichgeschaltete Presse herzlich abdruckt, weil Freunde darüber, daß sie einem Gefangenen im Konzentrationslager kein Oxycodon zu schicken braucht.

Paris Alegre. Ihre „Kritik“ vertritt wirksam und mutig die Sache der Menschlichkeit gegen auch dort ausbreitende deutsche Nazis. Und mit viel sehr hübsch, die Überschrift: „Kobold contra G. Dollfus“.

C. P., Paris. Wir haben Ihr Schreiben ebenfalls dem „Kollektiv der blauen Eisenfäust“ zugeleitet. Sie sind nicht der einzige; der Fall zeigt, wie verbreitet die „Deutsche Freiheit“ bereits ist.

Fremd in Athen. Die Seiten und Nr. 41 der „Griechischen Volk- und Lokal-Anzeiger“ vom 8. Oktober, dazu ein haterneuropäisches Blatt „Freiheit und Brot“, das Organ der deutschen Nationalsozialisten und Hitler-Freunde in Griechenland, denen herausgegeben ein gewisses Karl Kasper ist. — Wir danken Ihnen! Feiere Beweise, in welcher Weise die Geister des Propagandaministeriums zur Nazi-Werbung im Ausland verwendet werden, sind selten zu finden. Es reicht auch in jeder Zeile nach Beschlüssen für Gleichschaltung, wobei Gobbels für die reichhaltige Geldergüsse besonders gelobt wird. Brieflich: „Klein und von den 300 ausländischen Freischützen verurteilt sich allerdings der tiefen Wirkung der Gobbels-Rede zu entschließen.“ Sicherlich wird Gobbels dem Athener Repetitionsfonds noch vermehren, denn der Beschäftigungsnachweis für verlorene Propaganda ist erbracht. Aus „Freiheit und Brot“ ist ersichtlich, daß die Athener Nazis sich genau so organisiert haben wie ihr großes Vorbild. Es gibt sogar eine deutsche Frauenschaft, die jüngst eine große Autofahrt mit der Nazi-Kraftfahrtschiff von Athen aus unternahm. Wir lesen da: „Die Fahrt ging von der Wohnung der Leiterin aus und führte die zahlreich erschienenen Teilnehmerinnen nach Skali ins Hotel Diana, wo sich bei Kaffee und Kuchen die Mitglieder der Deutschen Frauenschaft näher kennen lernen sollten. Die Stimmung war vorzüglich. Nachdem man in Skali noch einen schönen Waldspaziergang gemacht hatte, führte die RR.-Stafel mit der Lokomotive zum Park der Deutschen Frauenschaft nach Athen zurück.“ Schade, daß wir die köstliche Post von Diana und Palas Athenen arischen Weiblich nicht sehen konnten. Kaffee und Kuchen hätte uns zur Stille unserer Leidenschaft nicht genügt. — Ihnen aber, einfacher Arbeitervorbereiter am Fuße der Akropolis, unseren Gruß. Eder sind Sie gar nicht so einfach im Bekenntnis Ihrer Bestimmung? Schreiben Sie uns darüber!

„Der Antifalsch.“ Als 1. November 1933 erscheint in einem Straßburger Verlag das antihitlerische Blatt „Der Antifalsch“, vorerst alle 14 Tage in einem Umfang von 16 Seiten in mehrsprachiger Ausführung. Neben zahlreichen Karikaturen wird der Humor, weil er im Hitler-Deutschland heute nicht mehr zur Geltung kommen kann, recht zahlreich in Textspalten zu finden sein. Der Preis dieses Blattes beträgt 1,25 franz. Fr. Verlag: „Der Antifalsch“ in Straßburg (France) 11, rue St. Gerhardt.

Auslandpropaganda. Der Verlag C. u. St. Jürich, gibt einen Brief eines reichsdeutschen Nationalsozialisten an einen auslanddeutschen Freund heraus und ruft dem Deutschen zu: „Sorgen Sie dafür, daß dieses Festchen in Tausenden von Exemplaren ins Ausland geschickt wird. Dadurch helfen Sie mit, das Ausland über die ethischen Ziele des dritten Reiches aufzuklären.“ Was würde das Reichspropagandaministerium dazu sagen, wenn etwas ein Schweizer Verlag einen Brief in Rollenlänge und held umfunkt nach Deutschland senden ließe, um die Deutschen über die Meinung im Ausland aufzuklären? Wer einen solchen Brief in Deutschland empfangt, riskierte das Leben. Aber die Nazis tun, was sie ändern mit der Androhung der juristischen Strafen verbieten, täglich selbst. Ueberrig haben Millionen wie die von C. u. St. Jürich eine andere praktische Bedeutung, als die, der Reichspost ein wenig zu helfen.

Paul S. Sie schicken uns eine bittere Mitteilung, die durch die deutsche Presse ging und folgenden Inhalt hat: „Eingesehen zugunsten des vormaligen Staates wurde eine Reihe von Arbeiterwohlfahrt (Gabbach)“ — Sie sind empört darüber, daß man den antihitlerischen Diebstahl einer Nähmaschine auch noch publiziert. Wir nicht. Die Herrschaften schämen sich nicht darüber, daß sie ohne Scham sind.

DEUTSCHES ZAHNÄRZTLICHES INSTITUT

22, RUE DE DOUAI - Métro: Blanche, Pigalle 20, RUE DES MARONITES - Métro: Ménilmontant
Tel. Trinité 50-27 - Sprechstunden: 9-12, 2-6 Uhr

Zahn u. Mundkrankh., Röntgen, Elektrotherapie, Prothesen, Kronen, Brücken in Gold, Platin u. Porzellan

NEUHEIT: PORZELLAN-KRONEN UND BRÜCKEN

Umarbeitung schlechtzittender Gebisse mit voller Garantie für guten Sitz. Reparaturen binnen 3 Stunden

SCHONENDSTE BEHANDLUNG FÜR NERVOSE UND HERZKRANKE

MASSIGE PREISE. UNTERSUCHUNG U. BEHANDLUNG KOSTENLOS

Dr. Spécialiste

96, rue de Rivoli - Métro: Châtelet

RADIKALE HEILUNG VON BLUT-, HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN

Heilung von Krampfadern und offenen Beinwunden
Neueste Behandlungsmethoden Elektrisiert Impfungverfahren; Trypsin-viner-Einspritzungen

Blut- und Harn-Untersuchungen, Speermessung, Salvarsan Wermut usw.

Sprechstunden täglich von 10-12 und von 4-8 Uhr; Sonntags von 9-12 Uhr
Konsultationen von 25 Fr. ab.

MAN SPRICHT DEUTSCH

Damenschneider
J. Maschenko

7, Rue du Marché St. Honoré - Tel. Opéra 72-79
Kleider, Mäntel, Pelze, Umarbeitg., Reparatur

Schöne 3 Zimmer

m. Bad bill. Miete abzugeben. Bedingung die sehr hübschen Möbel zu kaufen
Dringend zwecks Abreise von 10-12 Uhr
12, rue Le Chapelais (17) Concierge.

hatte Schmuckstücke, Armbänder und Ringe bei sich, die er bei Willensbrüchen in Neuilly gestohlen hatte. Er war erst sieben Jahre alt.

Auf der Säule der Vauille werden Scheinwerfer angebracht, um auch dieses Gebäude der Lichtstadt nachts zu beleuchten.

Der berühmte katholische Dichter Francois Mauriac wird am 16. November feierlich in die Akademie aufgenommen. Seine Vater werden Henry Bordeaux und Paul Valery sein.

Zugunsten eines Denkmals in Belgien für Felicien Rops findet auf Veranlassung der Zeitschrift „Beaux Arts“ im Vanbourg St. Honoré eine Ausstellung statt, die zum erstenmal das Gesamtwerk dieses Meisters der „Croix“, insbesondere auch Landschaften zeigt.

Teilhaber
und Kaufmann, Mitarbeiter für langjährig bestehendes Einzel- u. Unternehmensgeschäft, Gut, Einkommen, Offerten an Publ., Metri, 31, rue Turbigo, Nr. 378

Auch die „Kleine Anzeige“ in der „Deutschen Freiheit“ bringt Erfolg

Tschechisches Restaurant
„Le Sokol“

Echte Wiener Küche // Americ-Bar
22, Avenue Niel, PARIS (17)
Pilsener Bier Mäßige Preise
Rendez-vous der Deutschen in Paris
48-50

Daumier-Ausstellung in Marseille

Auch die in der wunderbaren französischen Hafenstadt wohnenden Deutschen wird die Kunde interessieren, daß demnach in Marseille eine Daumier-Ausstellung bevorsteht. Der große Satiriker ist auch in Deutschland bei den freien Käufern, bei denen auf der anderen Seite des Scheiterhaufens besonders geschätzt: sein Stück „Die Rückkehr der Könige“ oder „Justiz“ kennt fast jeder. Es ist von hohem Reiz, das ganze Werk des großen Sohnes von Marseille, der bunten und freimütigen Stadt, kennen zu lernen.

Honore Daumier ist schon 54 Jahre tot, in Paris hat er fast 40 Jahre u. a. in einem alten Hause auf der Insel St. Louis gewohnt, das in einen Arm der Seine mit Schiffen und Holztauern steht.

Der große klassizistische, vor vier Jahren verordnete Pariser Bildhauer Bonardelle, dessen bronzener Griechengopf, mit geöffneter Mund, und dessen gewaltiger geldlicher Verfall als Bogenspanner eine der Herden des

Museums am Luxemburggarten sind, hat Daumier gemeißelt. Es ist eine sehr realistische Figur, die das satirische Lachen dieses wissenden Spötters auf ihn selbst anwendet. Das Denkmal von Bourdelle wird wahrscheinlich in Marseille Platz finden.

Berliner Synagogenlieder in Paris

Berliner Synagogen-Sänger („Chor des Königs David“) werden am Montag, dem 30. Oktober, im Theatre des Champs Élysées zum erstenmal in Paris singen, auf Veranlassung des Intellektuellen-Hilfskomitees.

Der frühere Ministerpräsident Barthou, Mitglied der französischen Akademie, wird eine bedeutende Ansprache halten.

Nicht der Schwiegervater!

Der Departementsrat in Marseille hat sich dieser Tage mit einem sonderbaren Anliegen zu befassen. Die Einwohner von Gemenos protestieren heftig dagegen, daß auf einer Liste einer zum Stadtrat gewählt war und auf der selben Liste sein Schwiegervater. Eine solche enge Verwandtschaft, meinten die Leute am schönen Mittelmeer, gehe denn doch zu weit.

Der Rat nahm das Städterecht her, stellte fest, daß eine solche nahe Verwandtschaft tatsächlich nicht zulässig ist, und erkannte für das Stadtmittel auf Annullierung der Wahl. Ob nun der Schwiegervater oder der Schwiegervater in Betracht kommt, wird nicht verraten, — aber das Ganze zeugt wieder von dem vernünftigen politischen Sinn der Franzosen.

Für Ehepaar oder Einzelperson
Mitbewohnung
slag. 4 Z.-Woh., sep. Schlafz. m. Bad, modernster Neubau, evtl. m. Pension, 18, Av. de Versailles, 5 Et. links, Fürst.

Dr. A. Slisberg
INNERE KRANKHEITEN

16, r. Jules Claretie, Ecke 40. Bd. Emile Augier
PARIS (6) - Métro: Maette - Troc. 22-04
Mittwochs und Freitags von 2-4 Uhr
und nach vorheriger Anmeldung

Französisches Kapital in der Mandchurei

Dairen, 23. Okt. (Dava.) Zwischen der südmandchurischen Eisenbahngesellschaft und einem französischen Unternehmen wurde ein Vertrag unterzeichnet, der die Bildung einer französisch-japanischen Gesellschaft mit einem französischen Kapital von 100.000 Yen vorsieht. Diese Gesellschaft soll sämtliche französischen Kapitalien in der Mandchurei, die für Bauanlagen, die Finanzierung von Handelsgeschäften usw. dienen, verwalten.

LACIGOGNE

Bar-Cabare-Dancing
MONTPARNASSE

27, RUE BRÉA - TELEPHON DANTON 64-81
Die ganze Nacht geöffnet - Mit dieser Anzeige bekommen Sie 10% Preisermäßigung.

Sonniges Zimmer

mit guter Pension, Privat, Zentralheizung, Bad, Nähe République, 400 fr. monatlich, an besseren Herrn od. Dame, Dauermieter, per sofort zu vermieten. Zu erfragen bei Jablonki, 23, rue de Lille, Paris.

Werbt für die „Deutsche Freiheit“!